

Leipziger Volk

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Umtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Groitzsch behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — Postscheckkonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Lauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Interratenpreise: Die Wochenviertel, Kolonelzeile 35 Pf., bei Blauvorricht 40 Pf.
Stellenangebote 10 Pf., Kolonelzeile 25 Pf. Familiennotizen von Privaten
die Woch. Kolonelzeile mit 50% Nachlass. Reklamezeile 2 Mt. Interrate v. ausw.:
die Woch. Kolonelzeile 40 Pf., bei Blauvorricht 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Pf.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Ausländer, unire, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Hast du dich schon zur
Wahlarbeit
gemeldet?

Die Kammer-Wahlen in Frankreich

Der Poincaré-Bloc erfolgreich — In den meisten der 612 Wahlkreise sind Stichwahlen erforderlich

Ergebnisse

WTB. Paris, 22. April.

Die Wahlen haben sich in ganz Frankreich, soweit bis zum späten Nachmittag Nachrichten vorliegen, ohne Zwischenfälle vollzogen. Der Wahlakt begann um 8 Uhr und wurde um 6 Uhr geschlossen. In Paris zeigte sich vor den einzelnen Wahllokalen im Laufe des Nachmittags die übliche Tätigkeit, die im Heran schleppen der säumigen Wähler besteht. Im übrigen haben die verschiedenen Parteien im Laufe der vergangenen Nacht durch auffallende Plakate für ihre Kandidaten geworben. Die Wahlbeteiligung ist sowohl in Paris als auch in der Provinz eine stärkere gewesen als im Jahre 1924.

SPD Paris, 23. April. (Radio.)

Der erste Wahlgang der französischen Wahlen hat erwartungsgemäß nur in einem Bruchteil der Wahlkreise ein endgültiges Ergebnis gebracht. Bis 5 Uhr morgens waren etwa 400 Resultate bekannt. Es war jedoch nur an rund 110 Stellen die Entscheidung gefallen. Neben sonst wird eine Stichwahl notwendig sein. Da die Entscheidung zumeist in sogenannten sicheren Wahlkreisen erzielt worden ist, lassen sich aus den vorliegenden nachstehenden Zahlen keine weitgehenden Schlüsse ziehen. Es sind bisher gewählt: Sozialisten 15, Kommunisten 8, Radikale und Sozialistische Republikaner 13, gemäßigte Radikale (Poujoulat-Gruppe) 10, gemäßigte Republikaner (Richtung Poincaré) 22, Rechtsrepublikaner, Nationalisten der Richtung Marin 45, Konservative (Royalisten und dergleichen) 5.

Unzweifelhaft hat der Regierungsbloc einen starken Erfolg erzielt. Die Parole Poincarés: „Schützt den Franken durch Schaffung einer stabilen Regierungsmehrheit“ hat gezogen. Da aber der rechte Flügel der Regierungskoalition, die nationalistische Gruppe Marin, fast durchschnittlich sehr gut abgeschnitten hat, so hat es ein zweitens nicht den Anschein, als ob Poincaré in der Zukunft auf ihre Stimmen verzichten können.

Die Sozialisten haben in Paris und Umgebung, wo die Partei seit der Spaltung nur über eine schwache Organisation verfügt, mäßig, zum Teil sogar schlecht abgeschnitten. In der Provinz, besonders in Marseille, Lyon und im industriellen Norden, sind die Resultate für die Sozialisten im allgemeinen erheblich besser, zum Teil sogar sehr gut. Der sozialistische Präsident der Deputiertenkammer, Bonisson, ist bei Marseille mit erdrückender Mehrheit wiedergewählt worden. Ebenfalls wiedergewählt ist der Finanzspezialist der Fraktion, Vincent Auriol bei Toulon. Auch Paul-Vautour wurde leicht wiedergewählt. Der Generalsekretär der Partei, Paul Faure, befindet sich für die Stichwahl in sehr günstiger Position, ebenso Renaudel in Toulouse, Bracq in Roubaix, Longuet in der Pariser Bananelle, Grumbach in Mülhausen, Peirotes und Georg Weill in Straßburg. Im Elsass ist übrigens eine überraschend starke Stimmenzahl für die offenen oder verstießen Autonomisten abgegeben worden.

Die Kommunisten haben im allgemeinen gut abgeschnitten, aber in ganz Frankreich bisher keinen einzigen Abgeordneten aus eigener Kraft durchbekommen. Selbst Cachin, Baillant-Couturier, Marin und Doriot, denen die Regierung einen Märtyrernimbus verschafft hatte und die in „sicheren“ Wahlkreisen aufgestellt waren, müssen sich zur Stichwahl stellen. Die öSozialisten betrachten es als ihre Pflicht, den Kommunisten dort zum Erfolge zu verhelfen, wo die Reaktion sonst siegen könnte. Vielleicht wird diese Tatsache die Kommunisten zur Gegenseitigkeit veranlassen. Die Kommunisten können mit sozialistischer Hilfe etwa 15 Mandate im zweiten Wahlgang erobern, vor allem in Paris und Umgebung.

Unter den bekannten bürgerlichen Politikern befindet sich der Großindustrielle Loucheur in einer schweren Stichwahl in einem proletarischen Wahlkreis von Nordfrankreich. Doch sind seine Aussichten nicht schlecht. Der steirische Verleger des Petit Parisien, Dupuy, der für seine Wahlpropaganda ungeheure Summen ausgegeben hatte, ist in einem Pariser Bezirk endgültig durchgesunken. Bei Baron v. Nothnagel dagegen hat sich die Geldverschwendug gelohnt. Er ist in den Alpen wiedergewählt.

Ein endgültiges Urteil über den Ausfall der Kammerwahlen lässt sich, da erst aus etwa zwei Dritteln der Wahlkreise das Ergebnis vorliegt, noch nicht fällen. Das wird erst nach dem Bekanntwerden der Stichwahlresultate, also nach dem 29. April, möglich sein. Immerhin ist unverkennbar, dass Poincaré einen starken Erfolg erzielt hat. Léon Blum im Populaire stellt fest, dass die Wahlen einen starken Rück nach rechts gebracht hätten. Die Reaktion habe unabdingt an Boden gewonnen. Räumlich in Paris habe die Kampagne gegen das Kartell und seine Politik Früchte getragen. Er selbst sei in seinem Wahlkreis gegen die Reaktion unterlegen. Er habe von vornherein damit gerechnet, dass die Kommunisten die von ihnen

erreichten Zahlen auch tatsächlich erhalten würden, aber er habe nicht gedacht, dass die reaktionären Parteien der verschiedenen Schattierungen ihm selbst so schweren Abbruch tun könnten, dass er nicht mehr bestehen könnte.

Danach scheint der Ausfall der Wahlen in Frankreich selbst eine Überraschung gebracht zu haben. Wir behalten uns die politische Wertung des Resultats vor, bis es in seiner Gesamtheit vorliegt.

Léon Blum tritt zurück

Die Wahlhilfe Poincarés für die Kommunisten hat einen besonderen Erfolg erzielt. Der hervorragende Führer der Sozialistischen Partei Frankreichs Léon Blum ist in einem Pariser Vorort gegenüber dem gesfürchteten kommunistischen Abgeordneten Duclos in der Minderheit geblieben. Blum hat nur 6000 Stimmen, rund 1400 Stimmen weniger als der zu 30 Jahren Gefängnis verurteilte Duclos, erhalten. Eine Stichwahl ist notwendig. Da aber infolge des mörderischen Kampfes zwischen den beiden

Arbeiterparteien eine Wahl des reaktionären Kandidaten in diesem überwiegend proletarischen Bezirk droht, ist Blum entschlossen, zusammen mit Duval zu verzögern. In ganz Paris und Umgebung ist nur ein einziger Sozialist, der Führer der Autobusfahrer, gewählt.

Wiedergewählt!

Unter den Abgeordneten, die bisher im ersten Wahlgang gewählt wurden, befinden sich von den Sozialisten die Genossen Vincent Auriol und der Kammerpräsident Bonisson. Von den Bürgerlichen u. a. die Minister Briand, Herriot und Tardieu, Maginot, der ehemalige Kriegsminister im Kabinett Poincaré, François Poncelet von den gemäßigten Republikanern, Taittinger von der Gruppe Marin, der Führer der patriotischen Jugendorganisationen. Unter den Wiedergewählten befinden sich weiter der Abgeordnete Landry von der Fraktion Bozanowski, der sozialistische Abgeordnete Paul-Vautour und der elsässische Abgeordnete Bléger. Neu gewählt wurde der frühere radikale Senator und Minister François Albert.



zwanzig Milliarden Massensteuern

Die Besiegenden brachten von 1924 bis 1927 nur zehn Milliarden auf

Soll das so bleiben?

Das Reichsfinanzministerium hat vor kurzem die Übersicht über die Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben im Rechnungsjahr 1927 veröffentlicht. Damit läuft sich nunmehr die Entwicklung der Reichssteuereinnahmen seit der Stabilisierung in den Rechnungsjahren 1924 bis 1927 verfolgen. Die wichtigsten Zahlen hierfür bieten folgendes Bild:

Reichssteuererträge 1924 bis 1927

	1924	1925	1926	1927
	In Millionen Mark			
Gesamtaufkommen	7323	6856	7173	8490
Massenbelastung . . .	4992	4986	4743	5516
davon Lohnsteuer . . .	1332	1367	1095	1348
Umlauffeuer . . .	1798	1338	875	878
„ Betörungssteuer . . .	312	318	312	349
„ Zölle . . .	357	590	940	1251
Verbrauchssteuern . . .	1193	1373	1521	1690
Besitzbelastung . . .	2331	1870	2430	2974
davon Einkommensteuer . . .	863	803	1064	1301
Körperchaftssteuer . . .	314	187	382	478
Berndiensteuer . . .	499	270	359	442
Erbhofssteuer . . .	26	27	35	72

Diese Zahlen ergeben den unwiderlegbaren Beweis für den unsozialen Charakter der Steuerpolitik des Bürgerblocks. 1924 bis 1927 hat das Reich insgesamt rund 30 Milliarden Steuern eingenommen. Davon sind aber mehr als 20 Milliarden durch die Massenbelastung ausgebracht worden. Seit der Stabilisierung hat also die Massenbelastung mehr als zwei Drittel der gesamten Reichssteuererträge aufgebracht.

Zugleich hat aber die Massenbelastung fortgesetzt riesige Überschüsse geliefert. Der Bürgerblock war immer bemüht, diese Tatsache dadurch zu verdecken, dass die Voranschläge im Reichshaushaltsplan nachträglich den wirklichen Steuereingängen angepasst wurden. Stellt man dagegen die tatsächlichen Steuer-

erträge den ursprünglichen Voranschlägen gegenüber, so brachten die Überschüsse

1924	1925	1926	1927
In Millionen Mark			
Massenbelastung	1801	611	272
Besitzbelastung	278	99	217

In den vier Rechnungsjahren hat also die Massenbelastung insgesamt mehr als 2300 Millionen Überschüsse erbracht, die Besitzbelastung dagegen noch nicht 500 Millionen. Diese Überschüsse hat der Bürgerblock zu Überschüssen an den Besitz und zur Senkung der Besitzbelastung verwendet. Nach eigenen Angaben der Reichsregierung sind die Besitzsteuern durch die beiden großen Steuerreformen in den Jahren 1925 und 1926 um 2½ Milliarden ermäßigt worden.

Die Sozialdemokratie hat dieses Steuerunrecht ständig ausschärfte bekämpft, und ihr Kampf hat auch eine Reihe von Erfolgen gezeigt.

Sie hat erreicht, dass das steuerfreie Existenzminimum bei der Lohnsteuer, das 1924 nur 50 Mark monatlich betrug, vom 1. Januar 1926 ab auf 100 Mark monatlich erhöht wurde. Ihr alleiniges Werk sind die Ertragssteuern bei der Lohnsteuer, durch die bis jetzt 162 Millionen den Lohnsteuerpflichtigen wieder zurückgezahlt werden sind. Die Sozialdemokratie hat weiter durchgesetzt, dass die Lohnsteuer von 2½ Prozent im Jahre 1924 auf ¾ Prozent ab 1. April 1926 heruntergezahlt, also auf weniger als ein Drittel ermäßigt worden ist. Sie hat schließlich erreicht, dass die Salzsteuer vom 1. Oktober 1927 ab aufgehoben und gleichzeitig die Zuckersteuer auf die Hälfte ermäßigt wurde.

Am 20. Mai fällt die Entlastung über die Schwach der Bevölkerung der Armut und der Armen. Großindustrie und Großagrarier erklären in edler Übereinstimmung, dass sie überhaupt „Zahlungsfähig“ seien.

Die Empfänger der 80-Pfennig-Stundenlöhne aber werden für zahlungsfähig erklärt. Sie haben die 20 Milliarden aufzubringen müssen. Gebt den Steuerdrückerbergern eure Luttrung!

Wählt Liste 1! Die Liste der Sozialdemokratie!

Genf nimmt das Wort

Revision der Konvention von Washington?

Heute tritt der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf zu seiner 39. Tagung zusammen. Diese Tagung erhält ihre besondere Bedeutung dadurch, daß nach einem Vorschlag ihrer Vorgängerin nunmehr allgemeine Regeln für die Revision von Konventionen beschlossen und außerdem in Erwägung gezogen werden soll, ob die Revision der Arbeitszeitkonvention von Washington auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz des Jahres 1929 zu setzen ist. Eine Frage soll also in diesen Tagen in Genf entschieden werden, die durch die Anstrengungen der internationalen Organisationen des sozialistischen Proletariats zum 1. Mai in den Mittelpunkt des Arbeitertarifes gerückt worden ist.

Vor 8½ Jahren fand in Washington die erste Internationale Arbeitskonferenz statt, deren Resultat jener „Entwurf zu einer Uebereinkunft“ war, „betreffend Festlegung der Arbeitszeit in industriellen Anstalten auf 8 Stunden im Tag und 48 in der Woche“. Als „Beginn eines neuen Zeitalters“, so sagen jetzt die Presseberichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes, bezeichnete man damals gern diesen Entwurf. Das „neue Zeitalter“ ist allerdings bald und gründlich verjüngt. Schon im Jahre 1921 beschloß das englische Parlament, die Uebereinkunft von Washington nicht zu ratifizieren. Zehn Jahre hindurch waren dann Bestrebungen im Gange, durch Auslegungskunst vor allem die Großstaaten der Ratifizierung geneigt zu machen.

Im Jahre 1924 traten die Arbeitsminister von Belgien, Frankreich, Deutschland und England in Bern zu einer Konferenz zusammen, um die Uebereinkunft von Washington einer „Durchprüfung“ zu unterziehen. „Auslegungskunst“ leitete zu bestreiten und so den Regierungen die Ratifizierung zu erleichtern. Eine amtliche Mitteilung über diese Konferenz erklärte, „dass es möglich sein werde, zu einer gemeinsamen Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu gelangen“. Etwa anderthalb Jahre später traten aber die Arbeitsminister der genannten Länder in London zu einer neuen Arbeitszeitkonferenz zusammen, an der auch Italien beteiligt war. In dieser Konferenz wurden Abmachungen getroffen, über die Genosse Leipart in seinem dem Pariser Kongress des IGB erstatteten Bericht sagte, daß sie „um Teile nicht dem Wortlaut und Geiste des Washingtoner Abkommens entstprechend“ und „von den Arbeitern in dieser Form nicht akzeptiert werden können“.

Der Erfolg der Londoner Konferenz war in Deutschland der Entwurf des Arbeitsschutzes. Über die in diesem vorgegebene Regelung der Arbeitszeit erklärte Leipart in Paris, daß sie „von den deutschen Gewerkschaften einmütig abgelehnt werden müsse“. Dieses Arbeitsschutzes wird den kommenden Reichstag beschäftigen. Immerhin haben im Laufe der vielen Jahre einige Länder die Konvention von Washington ratifiziert. Der Pariser Kongress des IGB im Sommer 1927 sagte aber über diese Ratifikationen, „dass die Regierungen durch Gewährung zahlreicher Zusagen vom Achtstundentag den Wert dieser sozialen Reform sehr beeinträchtigt haben“. Dazu kam dann in der letzten Verwaltungsratssitzung des IAU die bekannte Erklärung der englischen Regierung, daß sie nicht ratifizieren werde, sondern die in Artikel 21 der Konvention vorgegebene „Durchsicht oder Abänderung“ beantrage. Dieser Antrag wurde, wie schon bemerkt, an die heute beginnende Verwaltungsratssitzung des IAU verwiesen.

Wie die Telegraphen-Union erfahren haben will, wird bei den gegenwärtigen Genfer Verhandlungen ein Vorschlag zur Erörterung gefangen, einen Aufruf an die Regierungen zu richten, die bisher die Unterzeichnung des Abkommens noch nicht vorgenommen haben. Es soll hierbei an die Regierungen die Frage gerichtet werden, ob sie nunmehr bereit seien, das Washingtoner Abkommen zu unterzeichnen, oder ob von ihnen eine grundsätzliche Nachprüfung des Abkommens als erforderlich angesehen werde. Diese Frage muß an die ganz überwiegende Mehrzahl der der Internationalen Arbeiterorganisation angelöschten Regierungen gerichtet werden, und bei dem Einfluß, den England in der Welt hat, ist es nicht gerade schwer, vorauszusagen, wie die Antworten lauten werden.

Nachdem der englische Antrag auf der letzten Verwaltungsratssitzung des IAU die Situation bereits weitgehend gelaufen hat, ist es dringend erforderlich, daß nicht wiederum irgendwelche Illusionen erregt werden. Wenn in der letzten Verwaltungsratssitzung des IAU nach den Presseberichten des IGB der deutsche Arbeitendelegierte Hermann Müller erklärte, daß der Antrag der englischen Regierung alle in den letzten Jahren gemachten Anstrengungen zugunsten eines friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitern und Arbeitgebern nützliche mache, so sollte man es endlich dabei belassen und dabei die Konsequenzen ziehen. Es mag gut sein, wie es die vom Pariser Kongress angenommene Resolution wollte, „Befreiungen für eine gleichzeitige Intervention bei den in Frage kommenden Ländern zugunsten der Ratifizierung der Konvention zu treffen“, und „die Erreichung dieses Ziels ständig auf die Regierungen einzurichten“. Notwendiger ist aber, der Arbeiterschaft bewußt zu machen, was der Vertreter des Deutschen Baugewerksbundes auf dem Pariser Kongress, der Genosse Bernhard, sagte: „dass die Verbesserung der Lebenshaltung des Proletariats nicht als ein von der Bourgeoisie gewünschtes Geschenk oder eine Belohnung zu betrachten, sondern ein von der organisierten Arbeiterschaft erwartetes Recht ist.“

Verhandelt immerhin. Aber macht der internationale Arbeiterschaft klar, daß die Arbeitszeitssituation auf nichts anderes als Kampf gestellt ist. Macht den 1. Mai 1928, macht die Demonstrationen in aller Welt an diesem Tage zum Aufstand eines neu beginnenden verschärften Kampfes um den Achtstundentag. Aber gibt diesem Kampfe auch wirklich zündende Parolen. Verlangt die Durchführung des Uebereinkommens von Washington ohne Einschränkung. Aber erweitert diese Forderung durch das Verlangen, den Achtstundentag, der in der Konvention von Washington beschränkt ist, auf die gewerblichen Betriebe (die Konvention schließt Handel und Landwirtschaft ausdrücklich aus), auszudehnen auf alle Arbeitenden in Industrie und Verkehr, Handel und Landwirtschaft und in öffentlichen Diensten. Gebt denjenigen, die schon im Genuss des Achtstundentages sind, neue Kampfanregungen dadurch, daß die Forderung nach einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit erhoben wird. Wenn der Genosse Leipart auf dem Pariser IGB-Kongress im Zusammenhang mit Bemerkungen über die Nationalisierung darauf hingewies, daß in allen Ländern „die Gesundheit der Arbeiterschaft durch die neuen Methoden bedroht“ wird, daß es „eine wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit“ sei, „den Arbeiter gegen die gesundheitsgefährdenden Gefahren der Nationalisierung zu schützen“ — so ist das Grund genug, das Ziel des Kampfes um die Verkürzung der Arbeitszeit zu erweitern.

Das Betrügerpiel

„Kriegsverzicht“ mit Vorbehalt

SPD Paris, 21. April.

Die französische Regierung hat am Sonnabend den europäischen Mächten ihre Antwort auf die Kellogg-Note übermittelt. Sie lautet in ihrem wesentlichen Teil:

„Artikel I. Die hohen vertragsschließenden Parteien erklären feierlich, ohne damit die Ausübung ihres Rechtes auf rechtmäßige Verteidigung beeinträchtigen zu wollen, soweit dieses in bestehenden Verträgen festgelegt ist, besonders, wenn solche Verträge die Verleihung gewisser darin enthaltenen Bestimmungen einem feindlichen Akt gleichstellen, daß sie die Inanspruchnahme des Krieges verurteilen und auf ihn als Werkzeug der nationalen Politik verzichten, d. h. zur Ausführung einer persönlichen Spontanen und unabhängigen politischen Handlung, die sie aus einem Antrieb vornehmen würden, ohne sich dazu durch die Auswendung eines Vertrages wie der Völkerbundshübung oder eines anderen beim Völkerbund eingetragenen Vertrages veranlaßt zu sehen.“

„Artikel II. Regelung oder Entscheidung aller etwa zwischen den hohen vertragsschließenden Parteien entstehenden Streitigkeiten oder Konflikte, welcher Natur oder welchen Ursprungs sie auch sein mögen, sollen von den Beteiligten niemals anders als auf friedlichem Wege angestrebt werden.“

„Artikel III. Wenn eine der hohen vertragsschließenden Parteien diesen Vertrag verletzen sollte, würden die anderen vertragsschließenden Mächte dieser gegenüber von Rechts wegen von ihrem in dem Vertrage übernommenen Verpflichtungen bestellt sein.“

„Artikel IV. Die Bestimmungen dieses Vertrags beeinträchtigen in keiner Weise die Rechte und Pflichten, die sich für die vertragsschließenden Mächte aus früheren internationalen Uebereinkommen, an denen sie angelehnt sind, ergeben.“

„Artikel V. Alle Mächte werden zum Beitritt an diesem Vertrag aufgefordert werden; der Vertrag wird erst in Kraft treten, nachdem er allgemein angenommen sein wird. Es sei denn, daß die unten bezeichneten Signatarmächte in Übereinstimmung mit den inzwischen begetretenen Mächten sich darüber verständigen, das Inkrafttreten des Vertrags trotz des Fehlens einzelner Beitrittsklärungen zu beschließen.“

*

Die französische Regierung hat nach der Überreichung des Entwurfs eines Paltes zur Achtung des Krieges durch die Washingtoner Regierung an die Großmächte erklärt, daß sie ihnen einen neuen Gegenentwurf übermitteln werde. Das ist nunmehr geschehen. Briands neues Werk enthüllt noch viel offener als das des Amerikaners Kellogg, daß es den Regierungen der kapitalistischen Staaten mit diesen neuen Vertragsentwürfen gar nicht darauf ankommt, dem Frieden den Weg zu bahnen. Kelloggs Entwurf war kurz und bündig. Leute, die Worte für Taten nehmen, könnten die Meinung haben, daß hier ein Dokument ehrlichen Friedenswillens vorliege. In Wirklichkeit jedoch ist der amerikanische Entwurf nichts anderes als die Antwort auf den Versuch Briands, Amerika zur Verzichtserklärung auf einen Krieg zwischen Frankreich und Amerika zu bringen. Frankreich hat guten Grund, die immer noch aussichtsreichen mächtigen, imperialistischen Vereinigten Staaten von Nordamerika zu fürchten und seine kolonialen Besitzungen in Gefahr zu sehen. Die Furcht

und diese Gefahr wollte Briand durch einen Kriegsverzichtspakt zwischen Frankreich und Amerika ganz beträchtlich herabmindern, wenn nicht völlig beseitigen. Die Kellogg und Coolidge erreichten Briands willkürliche „patriotische“ Absichten, die auch für andere offen lagen. Gerissen, wie sie sind, lehnten sie Briands Vorschlag nicht ab, sondern erklärten sich zu seiner weiteren Verfolgung bereit, falls Frankreich einwillige, daß der vorgelegte Vertrag nicht nur mit ihm, sondern auch mit anderen Mächten abgeschlossen würde. Damit machte die Washingtoner Regierung einen Strich durch die Pläne Briands, der nun erklärte, daß Frankreich an einem solchen Vertrag kein sonderliches Interesse habe.

Kellogg hat vor kurzem den Mächten den Vorschlag unterbreitet. In Nr. 90 der Leipzigigen Volkszeitung ist auf die Beweggründe der Washingtoner Regierung hingewiesen worden. Für Frankreich ist es sehr unmöglich, das zu tun, was noch keine der anderen angegangenen Regierungen getan hat, nämlich den amerikanischen Vorschlag glattföhren abzulehnen. Es besteht ja auch nicht die Gefahr, daß er angenommen wird, weil eben keine den Willen hat, auf den Krieg als Mittel der Politik zu verzichten. In Briands Gegenentwurf, der nur für die Regierungen mit zur Diskussion und zur Entscheidung steht, sind die Vorbehalte so ziemlich alle zusammengefaßt, die mehr oder weniger jede kapitalistische Regierung machen wird. Allein die Formulierung im Artikel I, und da besonders die Hervorhebung, daß durch den abzuschließenden Vertrag die „Ausübung des Rechtes auf rechtmäßige Verteidigung“ nicht beeinträchtigt werden soll, macht jeden Verzicht auf den Krieg von vornherein zur Farce. Jeder Krieg, den die kapitalistische Klasse eines Staates gegen ein Volk begonnen hat, wurde immer mit der Notwendigkeit der Verteidigung entweder des Eigentums und des Lebens seiner Staatsbürgen in anderen Ländern oder aber der des eigenen Landes begründet. Und so wird es weiter bleiben. Die Amerikaner, die Engländer, die Japaner und auch die Holländer und Franzosen geben in diesen Tagen wieder neue Beweise dafür, daß mit der Phrase von der Verteidigung jedes kriegerische Akt und jedes militärische Morden zu rechtfertigen versucht wird.

Briand erleichtert mit seinem Entwurf den anderen Mächten die Rolle, die sie in den von ihm und Amerika begonnenen Beträgerpiel zu spielen haben. Wir werden kritisch zusehen, wie es weitergeht.

Nur Manöver

SPD Paris, 21. April.

Die aus Washington und London vorliegenden Nachrichten über die Annahme des französischen Vorschlags lassen in hessischen diplomatischen Kreisen nunmehr kaum noch Illusionen über die Erfolgsmöglichkeiten der französischen Initiative zu. Es besteht nach den letzten Melbungen kein Zweifel darüber, daß sowohl in Washington als auch in London die Definition des Artikels I, die den Koalitionsteil ausdrücklich zuläßt, nicht auf Zustimmung rechnen kann. Die französische Regierung hat immerhin in Voraussicht eines Mißerfolgs von vornherein Wert auf die Feststellung gelegt, daß ihr Vorschlag nur als Diskussionsbasis neben dem amerikanischen Vorschlag dienen sollte und durch diese verhöhnliche Haltung den Engländern gegenüber ihre moralische Position günstig gestaltet.

Rohrbach, Landbündler und Reichswehr

Die Privatarmee des Landbundes

Pommern und Oberschlesien

SPD Stettin, 21. April.

Im weiteren Verlauf des Rosenfelder Mord-Prozesses wird Freiherr v. Voyn vernommen. Er hat in Oberschlesien unter Rauenstein der Organisation Heinz angehört, die, wie der Zeuge bestandte, in den Jahren 1920 bis 1922 200 amlich befahlene Aburteilungen von Befratern vorgenommen habe, die man jetzt Hememorde nennt. Diese Organisation habe im Auftrage und in enger Führungnahme mit den Regierungsstellen in Breslau gearbeitet. Während der polnischen Aufstände in Oberschlesien seien die

Beträger mit Gift, Bomben und Handgranaten bestellt worden.

Oberst Kaldeas, der im Jahre 1921 Kommandeur des Reichswehrbataillons in Stargard in Pommern war, sagt aus, daß er Rohrbach wohl kannte, aber keine direkten Beziehungen zu ihm gehabt habe. Daß Rohrbach Reichswehrwaffen in Gewahrsam gehabt habe, sei ihm nicht bekannt gewesen. Ebenso wenig sei ihm ein Reichswehrbatalion bekannt, das Befratter von Waffen erschossen werden sollten. Der Zeuge von Befunden revidiert seine Aussage vom Freitag dahin, daß er es zwar nicht befohlen worden sei, Befratter zu töten, der er es aber so aufgesetzt habe. Generalleutnant Höfer, der zeitweise Befehlshaber des Grenzschuhes und zeitweise Reichswehrkommandeur in Schlesien war, gibt an, daß ihm die Erscheinung von 200 Befrattern nicht bekannt sei, da er mit den geheimen Selbstschuhsorganisationen nichts zu tun hatte. Er habe beim Grenzschuh während der Polenaufstände sogenannte Kameraden getötet zur Aufrechterhaltung der Mannesucht eingeführt, deren Urteile seiner Bestätigung unterlagen. Es sei

einziges Todesurteil bestätigt

worden. Der Oberstaatsanwalt stellt an den Zeugen die Frage, ob er im Falle des wegen angeblichen Verrats getöteten Schmidt ein Todesurteil rechtfertigen würde. Das verneint der Zeuge. Jedoch, so bemerkt er, müsse man bei dieser Tat auch die Zustände der damaligen Zeit berücksichtigen. Die Angeklagten seien seine Meinung nach nicht des gemeinen Mordes, sondern eines Deliktes mit politischen Hintergründen zu bezüglich.

Der Zeuge Generalleutnant v. Pawelski stellt auf Befragen noch einmal ausdrücklich fest, daß die damaligen Verhältnisse in Pommern keineswegs mit den damaligen Verhältnissen in Oberschlesien zu vergleichen wären und die Rohrbacher sich niemals als Befratter der Reichswehr fühlen konnten.

Der nächste Zeuge, ein Rittergutsbesitzer Mehner aus Saadow, dem Gut, auf dem der Hauptangestellte Heines als Landwirtschaftsleve untergebracht war, hat ebenfalls Waffen von der Reichswehr zur Aufbewahrung erhalten. Er sei aber der Meinung gewesen, daß Rohrbach diese Waffen betreuen sollte, der sie auch in Wirklichkeit betreut habe. Die Rohrbacher seien aus der Gutsanstalt bezahlt worden. Der Landbund habe allerdings Zusätze geleistet. Rohrbach habe ihm auch einmal gesagt, daß Waffen verraten worden seien. Der Oberstaatsanwalt will dann noch feststellen wissen, ob damals eine gewisse Spannung zwischen der Reichswehr und dem pommerschen Landbund bestand. Generalleutnant v. Pawelski bejaht diese Frage. Er habe den Eindruck gehabt, als ob

der Landbund die Rohrbacher zu seiner Privatarmee machen wollte und diese Privatarmee eine Verwendung finden könnte, die nicht in den Plänen der Reichswehr lag.

Dann wird die Verhandlung auf Dienstag 10 Uhr fortgesetzt.

Reudells Ultimatum an Braunschweig

SPD Braunschweig, 23. April. (Radio)

Das Ultimatum des deutsch-nationalen Innenministers an die braunschweigische Regierung ist hier inzwischen eingetroffen, aber noch bevor es in Bezug der hiesigen Regierung gelangte, war die deutsch-nationalen Presse voll von den Absichten ihres Parteiministers von Bürgermeister Gnaden. Auch ein Befehl für die „Objektivität“ des Herrn v. Reudell.

Die braunschweigische Regierung denkt natürlich nicht daran, von ihrer bisherigen Auffassung abzugehen. Sie bleibt dabei, daß der kürzlich herausgegebene Schulterloch mit der Reichsverfassung durchaus vereinbar ist, sie kann aber den deutsch-nationalen Reichsinnenminister nicht hindern, den Staatsgerichtshof anzuwalzen.

Das Gift der nationalistischen Presse

Das italienische Königspar ist am Freitag in Tunis eingetroffen. Die italienische Kolonie und die faschistischen Organisationen von Tunis waren zum Empfang bestellt. Die italienische Presse vergleicht die Reise des italienischen Königspar mit der Demarche Wilhelms II. vor Tangier im Frühjahr 1905 und mit dem „Panthersprung“ nach Agadir.

Die sozialdemokratischen Kandidaten

Eine Delegiertenversammlung des Hamburger Parteibezirks stellte am Montag die folgenden Kandidaten für den Reichstag auf: 1. Peter Graumann; 2. Johanna Reiche; 3. Adolf Biedermann; 4. Paul Bergmann; 5. Karl Olsers; 6. Dr. Theodor Haubach.

Der Wahlkreis hatte im letzten Reichstag 3 Mandate inne. Die in Teilbrüder hervorgehobenen Genossen fungierten bereits als Mandatsinhaber.

Niederbanern

An der Spitze der Kandidatenliste stehen folgende Namen: Toni i. Pfiff; Endemann.

Der Wahlkreis hatte bisher einen Vertreter im Reichstag.

Oberschlesien

An der Spitze der Kandidatenliste stehen folgende Namen: Stelling; Frieda Haule.

Der Wahlkreis hatte bisher einen Vertreter im Reichstag.

Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei Revision der Grenzen im Osten

WVB Berlin, 22. April.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat heute den Wahlaufruf seiner Partei veröffentlicht. In dem Aufruf heißt es u. a.: „Am 20. Mai wird das deutsche Volk bestimmen, wer für die nächsten Jahre über sein Schicksal entscheidet. Die Deutsche Volkspartei war in der ganzen vergangenen Gesetzgebungsarbeit an der Reichsregierung beteiligt. Sie hat als Partei des Wiederaufbaus praktische Politik getrieben, um das Vaterland nach außen und innen besseren Verhältnissen entgegenzuführen. Auch in Preußen, wo eine Linkspolitierung jahrelang sich in unfruchtbare Politik erüppelt, konnten praktische Aufgaben nur unter verantwortlicher Mitarbeit der Deutschen Volkspartei gelöst werden. Die Außenpolitik Dr. Stresemanns ist von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes als die einzige richtige anerkannt worden. Kein gerecht Denkender kann verkennen, daß im Laufe weniger Jahre sich Deutschland in der Welt eine geachtete und gesetzte Stellung zurückerobern hat. Die von uns dauernd beklagte Kriegsschuldfrage bricht zusammen vor den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung. Die von uns vertretene Verständigungspolitik hat schon zu fühlbaren Erleichterungen im beliebten Gebiet geführt. Darüber hinaus fordern wir vor allem die unverzügliche völlige Befreiung des Rheinlands, Rückgabe des Saargebietes, eine extraktive Gestaltung der Reparationsverpflichtungen und Beseitigung der unmöglichen Grenze im Osten. In dem Bezugslagen nach neuer sozialer Bedeutung werden wir unverklaß festhalten. Wir streben auf dem Gebiet der Finanzen und Steuern eine Minde rung des schwer auf dem Volke lastenden Steuerdrucks, Vereinfachung der Steuergesetzgebung und gerechtere Verteilung der Steuern. Wir beflecken uns zu dem Gedanken der sozialen Gesetzgebung. Wir treten für ein Rentner-Versorgungsgesetz ein. Die uneingeschränkte Erhaltung des Be rausbeamtentums und Wahrung seiner Rechte sind uns eine selbstverständliche Forderung. Der Erhaltung und Festigung der Reichswehr gilt unter unablässigen Bemühungen. Bei den Be ratungen des Reichschulgesetzes haben wir stets den christlichen Grundcharakter der Schule betont. Wir haben uns gewehrt gegen die Untatung der Schulherrschaft des Staates, gegen die Kleistalisierung des Schulwesens. Unser Ziel war das Zustandekommen des Reichschulgesetzes auf der Grundlage der Verfassung. Das Gesetz ist gescheitert durch die Schuld derer, die überspannte Kleistale Forderungen im Sinne der Schulbestimmungen des bananen Konföderats erhoben, die Koalition ohne Grund gekündigt und dadurch die Weiterberatung des Gesetzes verhindert haben. Die Deutsche Volkspartei verlangt die organische Weiterentwicklung der Verfassung auf dem Wege zur Stärkung der Reichseinheit. Sie erstrebt eine durchgreifende und umfassende Neuordnung der gesamten innerstaatlichen Verwaltung und Überwindung der Kleinstaaten durch freiwilligen Zusammenschluß.“

*

Zwar ist die Tonart des volksparteilichen Wahlaufrufs gegenüber den früheren eine andere geworden. Nichts mehr von dem schwarzrotroten Wahlstifterum, das Stresemann noch vor den letzten Wahlen hochlönend verkündete. Die schwarzrotgoldenen Farben der Republik werden widerspruchlos hingenommen. Man behält sich die diversen Wenn und Aber gegen die republikanische Verfassung und gegen ihre Farben für die Flugblätter, die Auffüllung der Leipziger Neuesten Nachrichten und andrer, sowie für die Wahlversammlungen vor.

Das Entscheidende in dem Wahlaufruf der Volkspartei sind die außenpolitischen Partien, insbesondere aber die lateinische Forderung auf „Beseitigung der unmöglichen Grenze im Osten“. Das ist der Kardinalpunkt der Stresemannschen Außenpolitik. Wenngleich durch die Reise Zaleskis nach Rom auf eine Annäherung Polens an Italien zu schließen wäre und damit die enge französisch-polnische Allianz erlaufen müßte, so ist doch ohne die Zustimmung Frankreichs — und die ist in absehbarer Zeit nicht zu erlangen — die Revision der deutschen Ostgrenzen eine Unmöglichkeit. Dagegen hat England keinerlei wesentlichen Interesse, sich einer solchen Forderung für die Dauer einzugewinnen. Dies um so weniger, wenn es sonst gelingen sollte, Deutschland von den politischen Grundlinien des Berliner Vertrags loszutrennen und in die Front Russlands einzuliefern. Dass Chamberlain in dieser Richtung bereits wesentliche Konzessionen erhalten hat, dürfte nicht abzustreiten sein, und darin besteht der Grundzug der Außenpolitik Dr. Stresemanns, mit der sich die Volkspartei naturgemäß identifiziert.

Von diesen Gesichtspunkten aus gesehen erhält der Passus im Wahlaufruf über die Revision der Ostgrenzen eine besondere Bedeutung. Er ist das positive Belegnis für den Willen zu einem neuen Krieg, denn ohne einen solchen würde nach Lage der politischen Machtverhältnisse vorläufig diese Forderung aller Nationalisten nicht durchzuführen sein.

Auch jetzt nimmt der Aufruf den Geist der deutschen Großbourgeoisie. Sie ist der eigentliche Träger der neuen kolonialpolitischen Befriedungen, die überall in den Vorbergzonen treten. Das ist der eigentliche Sinn der Beteiligung an der Mandatskommission des Wörterbundes, wenngleich auch Dr. Kastl, der Vertreter Deutschlands, unlangst reichlich Wasser in den schwämmenden Wein neuzeitlicher Hoffnungen auf Wiedergebinnung von Kolonien gegossen hat.

Die Deutsche Volkspartei wünscht weiter eine „gerechte Verteilung der Steuern“. In allgemein verständlichere Deutsch umgedeutet, bedeutet das, die Großbourgeoisie steuerlich zu entlasten, so wie das den Großgrundbesitzern bereits gelungen ist, die, wie schon dargestellt, zu den 200 Millionen Mark Einkommensteuern, die im Finanzjahr 1926/27 aufgekommen sind, nur rund 80 Millionen beisteuert haben.

Es ist schwer anzunehmen, daß der Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei in proletarischen Kreisen irgendwie Eindruck machen wird. Es sei denn bei jenen Schichten, von denen der bekannte Wahlspruch sagt: Nur die allergrößten Käbler wählen ihren Meier selber.

*

Auch der Reichsbürgerrat, als dessen Präsident der bekannte Hindenburgmanager, Herr von Loebell, fungiert, wartet mit einem Wahlaufruf auf. Er enthält einen Absatz des Wahlaufrufs der Deutschnationalen Volkspartei und fordert ganz im Sinne des Weißarp, Hugenberg und Closs eine Stärkung der Zuständigkeits des Reichstags auf eine berufständige Volksvertretung, also den Übergang zum Faschismus.

Frechheiten schlesischer Junker

L. Der Kreislandbund Rippitsch in Schlesien, in dessen Bereich fürstlich die Bauerntrauballe stattfinden, hat in seiner letzten Vorstandssitzung festgestellt, daß der Landrat, Genosse Seibold, nicht das Vertrauen des Kreislandbundes besitzt. Der Erbschlossbesitzer Roehlers Jordansommler wurde beauftragt, beim Regierungspräsidenten in Breslau wegen einer Versetzung des unpopulären Landrats vorstellig zu werden. Wie das schlesische Junkerblatt, die Schlesische Zeitung, zu berichten weiß, schließt sich die politische Filiale des Landbundes, die Deutschnationale Volkspartei des Kreises Rippitsch, diesem Vorhaben „vollinhaltlich“ an.

Frechheit war schon von jeher eine der hervorsteckendsten Charaktereigenschaften der schlesischen Junker. Es organisierten sie den Aufzug in Langenbis und dann beschwerten sie sich über den Landrat, der die Staatsautorität aufrechtzuhalten bemüht ist. Hoffentlich erhalten die Landbundjunker vom Regierungspräsidenten die richtige Antwort.

Die Verräterrolle der KPD

Das Ende der Bergarbeiter muß größer werden

KPD-Abgeordnete fordern Stilllegung der Zeche

Wir berichteten in der Nummer der LB vom 18. April über den Stilllegungsstandort, der sich im Ruhrrevier im Kampf um die Zeche Johann Deimelberg vollzog. Am 18. April hatte die Belegschaft der Zeche in Steele zu der Stilllegungsaktion Stellung genommen. Am 18. April hat sich sodann eine öffentliche Bergarbeiterversammlung mit den Hintergrundern der Aktion aus einandergetragen. Die öffentliche Bergarbeiterversammlung war in Wirklichkeit eine Wählerversammlung der KPD, in der der kommunistischen Landtagsabgeordnete Schubert refektierte. Dieser behauptete stark und frei, daß die Sozialdemokratie, u. a. der preußische Landtagsabgeordnete Genosse Otter, an der Verweigerung der Kredite (siehe LB vom 18. April) mitschuldig sei. Über den Hergang der Versammlung und über die geradezu schmähliche Haltung der kommunistischen Preußenfraktion zu dieser Stilllegungsaffäre berichtet der Genosse Otter weiterhin:

Im Ausschuß für Handel und Gewerbe hat der kommunistische Abgeordnete Sobotka als Sprecher für die KPD sich mit aller Schärfe gegen die Bewilligung der Kredite ausgesprochen und auch dagegen gestimmt. Auch im Plenum am 8. März hatte die kommunistische Landtagsfraktion gegen Bewilligung der Kredite gestimmt.

Am 30. März wurde erneut über einen Urteiltag im Landtag zwecks Bewilligung eines Kredites für die Zeche Johann Deimelberg abgestimmt. Bei der dritten Abstimmung stimmte auch die kommunistische Landtagsfraktion für die Bewilligung der Kredite.

Dies ist die „Zielsetzung“, von der die Kommunisten reden. Zweimal stimmten sie gegen die Kredite, um die Stilllegung der Zeche zu verhindern, und einmal dafür. Zwei Schritte vorwärts und einen zurück. So ungefähr wie bei der Ehrenacher Springprozeß. Aus welcher Abstimmung ergibt sich nun die Klarheit des Falles?

Im weiteren Verlauf der Versammlung ergaben sich dann Zwischenfälle, die selbst für die kommunistische Bewegung, die gewiß mit Überraschungen nicht zurechthalten kann, alles bisher Dagewesene übertreffen. Der Betriebsobmann der Zeche Johann Deimelberg, Haak, der politisch der KPD gehört, teilte mit:

Als er mit den übrigen Betriebsräten in Berlin sich um die Gewährung des Kredites bemühte, ist er als Mitglied der KPD von der kommunistischen Landtagsfraktion nicht nur im Sitzen gelassen, sondern sogar verleugnet worden. Er hat einen tiefbeschämenden Eindruck von den kommunistischen Landtagsabgeordneten gewonnen. Er mußte fast vor den übrigen Abgeordneten lämmen, ob sie ihm erklärten, daß Sobotka ihn verleugnet hat. Bei den Sozialdemokraten hätte der Betriebsrat die allergrößte Unterstützung gehabt. Alle sind ihm sehr beihilflich gewesen und er könne sich wegen Bemühungen der Sozialdemokraten nur lobend und dankend aussprechen.

Diese Mitteilungen des Betriebsmannes Haak, der der KPD angehört, riefen in der Versammlung eine große Sensation unter den kommunistischen Ortsältern hervor. Der Kommunist Schwartmann bezeichnete den kommunistischen Betriebs-

obmann, der sich in Berlin um die Gewährung des Kredites die größte Mühe gegeben hat, für einen Bonzen, der in Berlin nur herumließe. Schwartmann beantragte in der öffentlichen Bergarbeiterversammlung den Ausschluß Haaks aus der KPD. Er bemängelte die Ablegung der Belegschaftsmitglieder und erklärte:

„Leider habe ich auch das Recht, daß ich noch im Betrieb bin und arbeiten muß.“

Dieser Auspruch des 23jährigen Kommunisten warf ein großes Licht auf die Einstellung der Kommunisten überhaupt. Schubert erhob sich und erklärte: Im Namen der kommunistischen Partei sei hiermit der Betriebsobmann Haak aus der KPD ausgeschlossen. Diese Mitteilung Schuberts in der öffentlichen Bergarbeiterversammlung hatte eine große Erregung hervorgerufen, da es wohl einzigt darstellt, daß in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung eine Ausschlußentscheidung vorgenommen wird. Das bringt nur die KPD fertig. Warum nun die Kommunisten gegen den Betriebsobmann so vorgegangen sind, erklärt sich nur aus folgender Tatsache:

Als der Betriebsobmann Haak in Berlin den kommunistischen Abgeordneten Sobotka zu Rede stellte, warum die Kommunisten sich so wenig um die Stilllegung kümmerten und die Bergarbeiterinteressen mit Rühen traten, ergab sich folgender Dialog:

Sobotka: „Was ist du überhaupt in Berlin? Schreibe dich sofort nach Steele und halte dort eine Versammlung nach der andern ab.“

Haak: „Was soll ich den Bergarbeitern in Steele sagen?“

Sobotka: „Du sollst den Bergarbeitern in Steele das sagen, was die KPD will.“

Haak: „Ich weiß nicht, was die KPD in bezug auf die Stilllegung will.“

Sobotka: „Die KPD hat kein Interesse, daß die Zeche Johann Deimelberg noch länger in Betrieb bleibt. Wir wollen, daß die Zeche Johann Deimelberg stillgelegt wird, damit unter der dortigen Bevölkerung und den Bergarbeitern eine starke Erregung entsteht und es darüber und darunter geht und daß es zu Tumulten und Auseinandersetzungen kommt. Daraus, daß die Zeche stillgelegt und das Ende größer wird, nur dadurch kann die KPD an Mitgliedern gewinnen. Das will die KPD und nun Jahre schreien müssen nach Steele, damit die Zeche Johann Deimelberg stillgelegt wird.“

Diese Erklärung wollte Haak in der Versammlung vollziehen. Er kam leider nicht dazu, da ein großer Tumult entstand, der dieses verhinderte, weil die Kommunisten diese Erklärung abhatten und sie sehr befürchteten. Der Befehl des kommunistischen Abgeordneten Sobotka an den Betriebsobmann, nach Steele zurückzufahren, um die Kreditbewilligung und um die Aufrechterhaltung des Betriebes sich nicht zu kümmern, kennzeichnet das Verbrechen der kommunistischen Partei an der Arbeiterschaft. Die Sozialdemokraten geben sich die allererdienlichste Mühe um die Erhaltung der Zeche Deimelberg — die Kommunisten sabotierten diese Bemühungen und tun alles, daß die Zeche stillgelegt wird. Ihnen die Bergarbeiter und die ganze Bevölkerung nun doch einmal zu erkennen, welche Verräterrolle die Kommunisten an der Arbeiterschaft spielen!

Stahlhelmprovokationen in Neukölln

SPD Berlin, 23. April (Radio).

Um Sonntag gegen 12 und 13 Uhr kam es in Berlin-Neukölln zu schweren politischen Zusammenstößen zwischen Stahlhelmleuten und anderen ehemaligen Bevölkerungsschichten. Der Stahlhelm veranstaltete ausgetragen in dem Neuköllner Arbeiterviertel als Vorbereitung zu den Wahlen ein Konzert. Schon der Aufmarsch der Kapelle gestaltete sich zuerst provozierend. Als dann später die einzelnen Stahlhelmgruppen abmarschierten wollten, gerieten sie mit dem Publikum, das die Bürgersteige dicht besetzt hielt und nicht von der Stelle wick, in schwere Prügeleien. Gegner des Stahlhelms bauten aus Steinen und Holzbalken verschiedene Barrikaden, um den Zug aufzuhalten. Die Polizei griff sofort mit großer Energie und einem gewaltigen Aufgebot von Beamten ein. Sie ging zunächst mit dem Guzminkuppel vor, und als dann noch mehrere Schüsse in die Luft abgegeben wurden, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Mehrere Beamte wurden bei dem Tumult verletzt. Ebenso erlitten einige Stahlhelmer und Straßenpassanten leichte Verletzungen. Insgesamt wurden über 80 Personen festgenommen.

Die Zahl der gegen den Stahlhelm rummelnden protestierenden Menschen wird auf mehr als 10000 geschätzt. Sie sangen, sobald der Stahlhelm mit seinem Konzert begann, fortgesetzt die Internationale. Die Musik des Stahlhelms wurde dadurch vollkommen überdeckt. Es handelte sich bei diesen Menschenmassen um Personen aus allen Bevölkerungsschichten und nicht, wie es ein deutschnationales Blatt heute hinzustellen versucht, ausschließlich um Anhänger des Roten Frontkämpferbundes.

Die Zahl der gegen den Stahlhelm rummelnden protestierenden Menschen wird auf mehr als 10000 geschätzt. Sie sangen, sobald der Stahlhelm mit seinem Konzert begann, fortgesetzt die Internationale. Die Musik des Stahlhelms wurde dadurch vollkommen überdeckt. Es handelte sich bei diesen Menschenmassen um Personen aus allen Bevölkerungsschichten und nicht, wie es ein deutschnationales Blatt heute hinzustellen versucht, ausschließlich um Anhänger des Roten Frontkämpferbundes.

Wie aus Neukölln gemeldet wird, riefen die Stahlhelmsoldaten

Japan rettet Tschangtsolin

TU Peking, 21. April.

Der japanische Befehlshaber der Expeditionstruppen in China hat dem Stab der Mukden-Armee und dem Armeestab Tschangtsolins mitgeteilt, daß die Japaner keine militärischen Handlungen in dem von ihnen Truppen besetzten Gebiet dulden werden. Die japanischen Truppen rückten auf Tschangtsolin vor, das von den Südtroppen besetzt werden sollte. Sollte eine der chinesischen Parteien sich gewaltsam den japanischen Truppen nähern, so soll ihr bewaffneter Widerstand entgegengesetzt werden. Dieser Beschluß Japans macht alle Erfolge der Südtroppen zunichte.

TU Tokio, 21. April.

Gestern nachtrug hier ein besonderer Bote des Marshalls Tschangtsolin mit einem Brief des Marshalls ein, in dem dieser angesichts der außerordentlichen Umstände sich bereit erklärt, die japanischen Forderungen anzunehmen und erachtete die Spur für den Truppentransport abzuändern. Die japanische Regierung hat den Wünschen des Marshalls entsprochen; die Südmanchurische Bahn wird chinesische Truppen weiterhin transportieren.

Normarsch trotz der Japaner

TU Peking, 23. April.

Wie aus Nanking gemeldet wird, riefte Tschangtsolin ein Telegramm an Ministerpräsident Tanaka, in dem er gegen die Truppenlandungen protestiert und erklärt, Japan sei bestimmt, den Siegeszug der Südtroppen aufzuhalten. Er macht Japan für alle Schäden verantwortlich und verlangt den sofortigen Abtransport der japanischen Truppen. Die chinesischen Truppen würden sich durch die Unwesenheit der Japaner von der Belagerung Pekings nicht abhalten lassen. Tschangtsolin erachtet endlich um Entwendung eines japanischen Unterhändlers. Die japanische Regierung hat dieses Eruchen abgelehnt.

Notizen

Der Abgeordnete Dr. Gildemeister ist heute vormittag in Bad Eilsen an den Folgen einer Grippe gestorben. Dr. Gildemeister war eins der bekanntesten Mitglieder der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei und stand auch für die kommenden Wahlen an der Spitze der Kandidatenliste des Wahlkreises Weser-Ems.

TU Peking, 23. April.

Wie aus Peking gemeldet wird, wurde heute 2 Uhr auf der Hauptstraße in Peking auf den dortigen Präfekten Mikao Tsuchida von unbekannten Tätern eine Bombe geworfen; der Präfekt blieb jedoch unverletzt. Man ist überzeugt, daß dieses Bombenattentat von dem Mazedonischen Komitee verübt worden ist.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:
Alfred Herre in Leipzig
Berantwortlich für den Interviewteil:
Hugo Schopland in Leipzig

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig

Essst mehr Früchte,

und Ihr bleibt gesund!

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Mai-Appell

Am 1. Mai gibt's wieder ein großes Weden
Zehn-Millionen-Appell! Hier gibt's kein Verstecken!
Zehn Millionen Soldaten erheben sich auf einen Schlag
Von Kautschau bis Münst und Brem an Bac.
Aus den Löchern, in denen sie gut zehn Jahre faulen,
Ohne daß es wem einfällt, sich deshalb zu grauen.
Zehn Millionen treten stampfend zur Rechte an
Blau, grün, gelb uniformiert, Mann für Mann —
Und dann hält irgendwer Appell und fragt das gespenstige

Publikum:

Habt Kameraden, warum sind wir gestorben? Bitte? Warum?
Warum haben wir vier Jahre lang die Knarre getragen?
Warum liegen wir uns an den M. G. zu Tode plagen?
Warum haben wir vier Jahre die Geschüsse bedient?
Warum haben wir vier Jahre die Helden gemischt?
Warum haben wir Frau und Kinder verlassen?
Warum mußten wir vier Jahre aus der Feldküche fressen?
Warum haben wir vier Jahre bei Helmwehr gebüßt?
Während die da oben sich den Bauch gefüllt?
Warum haben wir zum Schluss noch sterben müssen?
Macht sich irgendwer daraus heut ein Gewissen?
Habt — verehrtes Publikum:
Warum? Warum?? Warum??
Für Kreuzot und Krupp, für das Kapital!
Für Thyssen und Co., wer hatte die Wahl?
Für Stinnes, Siemens und Mannesmann!
Für Pengot, Ford und Harriman!
Einnahm und nie wieder! Die Räusse raus!
Proleten, Genossen, der Spul ist aus!
Ihr sterbt nicht umsonst den schrecklichen Tod!
Die Rahmen raus! Die Fahne ist rot!
Genossen, ihr sterbt im blutigen Mat!
Genossen, seitdem ist die Welt erst frei!
Die Trommler geröhrt! Hauft kräftig aus! Feil!
Ihr alten Muschoten — Zum Mai-Appell!

Pieter Pott.

Hoffmann-Rölling**Magdeburger Richter vor dem großen Disziplinar-**
senat

X Vor dem großen Disziplinarhof des Kammergerichts begann am Dienstag, dem 24. April, die Berufungsverhandlung in Sachen des Landgerichtsdirektors Hoffmann und des Untersuchungsrichters Rölling. Der Disziplinarhof beim Oberlandesgericht Naumburg hat den ersten zur Verlehung im gleichen Range, den legten zu einem Verweis verurteilten. Den Herren erschien das milde Urteil noch zu scherf. Die Urteilsbegründung enthielt heftige Angriffe gegen die preußische Verwaltung, d. h. die Sozialdemokratie. In Naumburg ward hinter verschloßenen Türen verhandelt. In Berlin ist die Sitzung des Disziplinarhofs öffentlich. So will es das neue Gesetz. Das Ende der Geheimnistuerei in den Disziplinarhöfen gegen Richter kann der Arbeiterschaft nur recht sein. Doppelt recht, daß eines der standalösten und schwachwilligen Kapitäle aus der Gruppe rechtsstehender Justizbeamten gegen die republikanische Verwaltung in voller Öffentlichkeit ausgetragen werden soll.

Die Reichsliste der Deutschnationalen

Die Deutschnationale Volkspartei gibt ihre Reichswahlliste bekannt. Sie lautet:

1. Graf von Westarp, Oberverwaltungsgerichtsrat a. D.;
2. Wallraf, Staatsminister und Staatssekretär a. D.; 3. Müller, Ottfried, Frau, Verbandsvorsitzende; 4. Lembach, Verbandsgeschäftsleiter; 5. von Goldacker, Rittergutsbesitzer; 6. Schulz, Landgerichtsdirektor a. D.; 7. Graefe, Landgerichtsdirektor; 8. Hartwig, Arbeiterschreiter; 9. Dr. phil. Reichert, Syndikus; 10. Lind, Landwirt und Bürgermeister; 11. Biener, Rittergutsbesitzer;
12. Dr. Klönne, Fabrikant; 13. Dr. Quack, Geh. Regierungsrat a. D.; 14. D. Nimm; 15. Dr. Hahlacher, Generaldirektor; 16. Dr. Spahn, Professor; 17. Hartmann, Gewerkschaftsleiter; 18. Harmon, Ministerialamtmann; 19. Homann, Gutspächter; 20. Dr. Gerde, Landrat a. D. und Rittergutsbesitzer; 21. Bachmann, Defoniat; 22. von Jezewski, Regierungsdirektor a. D. und Rittergutsbesitzer; 23. Dr. Hedenkamp, Arzt; 24. Graf von der Schulenburg, General a. D. und Rittergutsbesitzer; 25. Dr. Schneider, Rechtsanwalt; 27. Schott, Verbandsvorsitzende; 28. Dr. Philipp, Studentenrat.

Eine schwere Explosion, bei der 8 Personen getötet und 12 schwerverletzt wurden, zerstörte einen Teil der Alexander-Flugzeugwerke in Denver (Colorado). Zur Zeit des Unglücks waren ungefähr 40 Personen in der Nähe der Explosionsstelle beschäftigt. Die Ursache des Unglücks ist bisher noch nicht geklärt; man nimmt an, daß die Explosion auf eine Stichflamme zurückzuführen ist.

Reichskonferenz der SUJ**Geschäftsbericht und Diskussion**

Nach den Begrüßungsansprachen gab in der Sonnabend Abend Genosse Westphal, wie von uns schon kurz mitgeteilt wurde, den Geschäftsbericht für 1928/27. Ende 1927 betrug die Gesamtzahl der Ortsgruppen 1415 mit einem Gesamtmitgliederbestand von 50 417, davon 31 540 männlichen und 18 877 weiblichen Geschlechts. Der Rückgang vergangener Jahre erfolgte im wesentlichen in den Landesverbänden, aber auch hier ist es in den letzten Monaten gelungen, das Verlorengangene wiederzugewinnen. Die Zeitschrift "Arbeiterjugend" ist von November 1927 bis März 1928 um 2600 Stück gestiegen. — Zehn Bezirksleitung sind im Besitz je einer besonderen Funktionärsbibliothek mit rund 1200 Bänden. In 778 Ortsgruppen sind Jugendbüchereien mit 66 000 Bänden vorhanden. In 76 Orten sind eigene Jugendheime vorhanden.

Anschließend gab dann noch Gen. Westphal den Bericht über das Verhältnis zu den befreundeten Organisationen, das durchweg erfreulich ist.

In der Diskussion sprach als erster Ulrich-Berlin, der die verpatzte Vorlage des Geschäftsberichts kritisierte; ihm folgte Genosse Werner Jorn-Leipzig: Wenn man über den Verlauf der Mitgliederbewegung der SUJ spricht, darf man neben dem Organisatorischen das große politische Ganze nicht vergessen. Wir müssen ruhig aussprechen, daß die politische Einstellung der Partei entscheidend war und wird für die Entwicklung der sozialistischen Jugendbewegung. Weil dort Fehler begangen wurden, mußte gar oft die Arbeit der SUJ leiden. Wenn wir ohne Kompromisse arbeiten, wenn wir marxistisch arbeiten, wenn wir sozialistische Bildungsarbeit, sozialistische Aufbauarbeit leisten und keine Volksgemeinschaftspolitik betreiben, dann siegen wir auch unter den roten Fahnen des Sozialismus! (Stürmischer Beifall.)

Als nächster Redner unterzog Gen. Willi Richter-Leipzig den Arbeiterjugend-Verlag einer scharfen und dadurch besonders wirklichen Kritik. Seine ausführliche Auseinandersetzung

Aufruf an die proletarische Jugend

Die Reichskonferenz der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands hat am Sonntag einstimmig den folgenden Aufruf beschlossen:

Jungwähler, Jungwählerinnen!

Das deutsche Volk steht in einem Wahlkampf von entscheidender Bedeutung. Es geht um die Zukunft der Deutschen Republik. Auf der deutschen Jugend ruht eine schwere Verantwortung. Die Sozialdemokratie hat ihr in der Geburtsstunde des neuen Staates das Wahlrecht erkämpft. Fast drei Millionen junger Wähler und Wählerinnen werden am 20. Mai zum erstenmal ihr Wahlrecht ausüben.

Jungwähler, fällt die rechte Entscheidung!

Wollt ihr, daß noch einmal die junge Generation der Völker in den Schlachtfeldern verblute?

Wollt ihr, daß euer Leben auf immer eingesperrt bleibt in der ungeliebten Iron der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unserer Zeit?

Wollt ihr, daß die deutsche Jugend noch einmal erzogen wird im Geiste wilhelminischer Untertanengesinnung?

Wollt ihr, daß die Jugend ihrer politischen Rechte wieder beraubt wird?

Niemals kann echte Jugend dazu ihre Hand bieten! Ihre Ziele können nur vorwärts weisen.

Vorwärts zu einer stärkeren Mitarbeit der jungen Generation in Staat und Wirtschaft!

Vorwärts zur Befreiung der arbeitenden Menschen aus Not und Abhängigkeit!

Vorwärts zur sozialen Republik!

Vorwärts zum wahren Völkerfrieden!

Nur eine Partei geht diesen Weg: Die Partei der Arbeit und des Sozialismus:

Die Sozialdemokratie!

Es gibt nur einen Bund, den die Jugend in diesen Tagen eines großen politischen Ringens mit ruhiger Gewißheit und tatkraftloser Zustimmung, mit Begeisterung und Zuversicht schließen kann: den Bund Jugend und Sozialismus.

Jugendgenossen, Jugendgenossinnen!

Ihr steht schon in der Kampffront der sozialistischen Arbeiterbewegung. Ihr hat die Ereignisse der letzten Jahre schon als Mitglieder der großen sozialistischen Bewegung miterlebt. Ihr seid Zeugen der Taten des Bürgerblocks gewesen. Ihr wißt, wie die Verwirklichung der Forderungen der deutschen Jugend nach Jugendschutz und Jugendrecht gescheitert ist am Widerstande der bürgerlichen Parteien. Statt Jugendschutz im Arbeitsleben bot man auch Schund- und Schmußgesetze, drohte man mit dem Raub des Wahlrechts.

Nur eine Partei hat in diesen Jahren wirtschaftlicher und politischer Reaktion zu uns gestanden und unermüdlich um die Verwirklichung unserer sozialistischen Ideale gekämpft: die Sozialdemokratie.

Ihr könnt ihr eure Stimmen noch nicht geben; denn ihr seid noch nicht wahlberechtigt; aber auch ihr könnt mithelfen an Sieg des Sozialismus!

Leistet Wahlhilfe!

Der Sieg der Sozialdemokratie wird unser Sieg sein!

Heraus die roten Fahnen des Sozialismus!

Wir kämpfen unter den großen Parteien unserer Bewegung:

Für Jugendschutz und Jugendrecht!

Für die sozialistische Republik!

Für den Völkerfrieden!

Leipzig, den 21. April 1928.

Die Reichskonferenz des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands.

Zeitung mit dem vom SUJ-Verlag herausgegebenen Schrifttum beweis, wie einseitig und eichungsgemäß an dieser Stelle bisher die dort zu leistende Arbeit aufgezeigt wurde.

Gen. Troitz-Darmstadt nahm Hendrik de Man gegenüber der Kritik Richters in Schuß. Es sei nur ein ungünstiger Zufall, daß eine seiner Schriften den Untertitel: Überwindung des Marxismus trage.

Gen. Dobbert-Meijen befaßte sich ausführlich mit der Arbeit der sächsischen Landtagsfraktion, die beweist, wieviel in unermüdlicher Arbeit für unsere Jugend geleistet wird. Gen. Günther-Dresden sprach für den Austritt aus dem Hauptausschuß Deutscher Jugendverbände. Gen. Ollenhauer verteidigte die Politik des Vorstandes.

Gen. Chemnitz wandte sich gegen die unklare politische Linie und die Illusion die Bundesgenossenschaft der Mittelparteien "republikanischer" Färbung für den Kampf um die soziale Republik zu gewinnen. Wie lehnen jede Arbeitgemeinschaftspolitik mit dem Bürgertum, jede Volksgemeinschaftspolitik ab. Wenn wir auch die schmutzigen Kampfmethode der Kommunisten ablehnen, so dürfen wir auf der anderen Seite nicht vergessen, daß unser eigentlicher Kampf dem Bürgertum, der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gilt! (Beifall.)

Gen. Dobbert-Dresden: Wir sind der Auffassung, daß wir als SUJ stark genug sind, ohne jede Arbeitgemeinschaft mit den bürgerlichen Jugendverbänden auszukommen.

Gen. Riesinger-München: Wir müssen in unserer Arbeit mehr auf wirtschaftliche und politische Aufgaben, auf die Erfordernisse des Klassenfamps hinweisen. Dietrich wendet sich als Hauptvorstandsmitglied gegen die Kritik einzelner Redner. Nachdem noch einige Diskussionsredner gesprochen hatten, hielt Gen. Westphal sein Schlußwort.

Dann wurde über eine Reihe von Anträgen abgestimmt. Ein wichtiger beschäftigt sich mit der Bildung eines Reichsstadels für sozialistische Jugendarbeit. Er wurde in folgender Formulierung angenommen:

"Der Hauptvorstand wird beauftragt, die Bildung einer Reichsarbeitsgemeinschaft für sozialistische Jugendarbeit anzustreben und die Reichswichtigkeit desselben zu empfehlen."

Ein anderer Antrag des Bezirkes Ostholstein: "Die Reichskonferenz beauftragt den Hauptvorstand, sofort mit den proletarischen Jugendorganisationen in Verbindung zu treten zwecks Gründung eines proletarischen Reichsjugendartells. Die SUJ Deutschlands erklärt nach Bildung des proletarischen Reichsjugendartells ihren Austritt aus dem Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände," wurde gegen eine starke Minorität abgelehnt. Dagegen stand ein Groß-Thüringer Antrag, der darauf hinwies, daß das Unschauungsmaterial auf der Ausstellung "Das junge Deutschland" nicht scharf genug herausgearbeitet war, Annahme. Der Antrag, aus dem Schiller-Bund auszu treten, stand eine überwältigende Mehrheit.

Dann hatten die Leipziger Genossen noch folgenden Antrag eingebracht: Von dem Beschuß der Rücklanddelegationen, gefaßt auf der Reichsausschüttung vom 14. bis 17. Oktober 1925, bestätigt von der Reichskonferenz 1926 in Hildesheim, ist der Sach: "Wer diesem Beschuß zustimmt, stellt sich außerhalb unserer Organisation", wurde gegen eine starke Minorität abgelehnt. Dagegen stand ein Groß-Thüringer Antrag, der darauf hinwies, daß das Unschauungsmaterial auf der Ausstellung "Das junge Deutschland" nicht scharf genug herausgearbeitet war, Annahme. Der Antrag, aus dem Schiller-Bund auszu treten, stand mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Wahl des Vorsitzenden

Vorgeschlagen waren die Genossen Ollenhauer und Otto Schröter-Leipzig. Genosse Ollenhauer begründete in klarer Weise, daß es uns hier um eine Entscheidung zwischen rechts und links geht, daß es in der Jugend genau so verschiedene Auffassungen über die Parteipolitik gibt, wie in der Gesamt partei. Bei der Auseinandersetzung über die beiden Wahlvorschläge entschied sich der Brandenburger Delegierte Schmidt nicht, über unseren Karl Liebknecht in herab gehendem Tone zu sprechen. Der Entrüstungsturm, der sich eines großen Teils der Konferenz und der stark besuchten Galerie bemächtigte, bewies, wie stark dieses unwürdige Benehmen auf die Mehrzahl der Anwesenden gewirkt hat. Westphal hat die Ausführungen des betreffenden Delegierten nicht verstanden und lehnte es ab, dem Brandenburger Delegierten eine Rüge zu erteilen. Im Gegenteil: er machte sogar den mißglückten Versuch, einzelne Delegierte, die in der nachfolgenden Debatte auf den Vorfall eingingen, zu schulmestern. Bei der Wahl zum Vor-

ständen erhielt Ollenhauer 83, Schröter 40 Stimmen. Berücksichtigt man die Tatsache, daß von den gewählten Delegierten 66 für Ollenhauer, 35 für Schröter gestimmt haben, so sieht man, wie günstig das Verhältnis für die marxistisch eingestellten Genossen ist. Jedoch — Ollenhauer ist damit gewählt, und die Aufgabe der SUJ ist es, in unablässiger Arbeit innerhalb der eigenen Reihen für Durchbildung und Aufklärung zu sorgen.

Referate von Löwenstein und Rölling

In der Sitzung vom Sonntag sprach zuerst Genosse Dr. Kurt Löwenstein-Berlin über das Problem Kinderfreunde und Arbeiterjugend. In einem ausgesuchten Referat, das wir wegen Raumangst zu unserem großen Bedauern nicht ausführlich wiedergeben können, ging Genosse Löwenstein auf die Grundprobleme sozialistischer Erziehung und Arbeit ein. Das Problem dieser Jungen, der Jugendgenossen, die ihrem Alter entsprechend zwischen der Zugehörigkeit zu der Kinderfreundeorganisation und der SUJ stehen, wurde von ihm in gründlicher Klarheit aufgezeigt, ausgezeichnet durch marxistische Gedankenscharfe und gewaltigen Wirklichkeitsinn für die Erfordernisse des Kampfes um die Seele unserer Jugend. Auf Grund des vorzüglichen Referats erfolgte auch eine Diskussion, die auf beachtlichem Niveau stand. Wir wollen nur die Ausführungen von Weinberg, Michael-Zwickau und Berlin-Tempelhof erwähnen. In seinem Schlußwort ging Genosse Löwenstein ausführlich auf alle noch auszulöschenden Fragen ein und erklärte mit programmatischer Schärfe gegenüber allen Deutungsversuchen: "Unsere Aufgabe ist es nicht, einzelne Jünger aufzuhieben, sondern die Massen zu erziehen!"

Es folgte dann das Referat des Genossen Dr. Rölling-Frankfurt a. M. Auch über dies Referat kann leider nicht ausführlich berichtet werden. Wir wollen uns daher nur mit der Wiedergabe der wichtigsten Gesichtspunkte von Röllings Ausführungen begnügen: Rölling wiederholte die schon einmal in der "Gesellschaft" gemachten Feststellungen von den drei Phasen der sozialistischen Arbeiterbewegung: zuerst die der Begründung der Lehre, dann die der Agitation und in der Gegenwart die Phase der Erfüllung der Jugend. Auf der einen Seite erklärte Genosse Rölling, daß ihm die orthodoxen Marxisten lieber seien, als die Marxismus-Löder, die den Marxismus und den Klassenkampf individualisieren, aristifizieren, ethisieren oder religiösen wollen. Auf der anderen Seite schwang sich Genosse Rölling zu der bewunderungswürdigen "originellen" Formulierung auf, daß es wichtiger sei, das Statut einer Ortsgruppe zu lesen als die Marxischen Lehren vom Mehrwert.

Es ist zweiselhaft geschickt formuliert und rhetorisch sehr wirkungsvoll, was Rölling vortrug, hinter all den schönen Worten und den großen, in blumenreicher Sprache gehaltenen Redewendungen steht jedoch im Grunde genommen nur ein ganzes Stück älteren, hundertmal schon widerlegten Revisionismus.

In den Diskussionen räkten denn auch die Genossen Richter und Jorn-Leipzig sowie der Genosse Lamm von der Reichsleitung der Jungsozialisten und Genosse Löwenstein verschiedene Schleiertheorie der Röllingschen Ausführungen zurecht. Genosse Lamm stellte gegenüber Vorträger Röllings gegen die Jungsozialisten fest, daß der Vorwärts erst jetzt zu der Bekämpfung der Ansichten von Rölling und seinem Kreis gekommen sei, während drei Jahren die Situation richtig erkannt habe und damals deswegen in der schärfsten Weise angegriffen wurden. Genosse Löwenstein wies insbesondere darauf hin, daß die Röllingschen Ausschreibungen von der Bildungsarbeit die Gefahr in sich tragen, daß unsere Jugend im Sinne der kapitalistischen Wirklichkeitserziehung erzogen werde. — Nach einem ausführlichen Schlußwort des Genossen Rölling wurde eine Wahlkundgebung der SUJ an die proletarische Jugend beschlossen. Wir geben den Aufruf oben wieder.

Unter dem gemeinsamen Schlußgelang wurde die Reichskonferenz des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands geschlossen. Die Delegierten lehnen in ihre Bezirke zurück, der Kampf um die Stimmen von zwei Millionen Jungwählern wird von der SUJ begonnen. Im Wahlkampf und am 20. Mai hat sie Gelegenheit, zu beweisen, daß sie zu Recht das Ziel singt von der "jungen Garde des Proletariats", daß sie beweist, daß sie sich dem Anderen Ludwig Frank und Karl Liebknecht als würdig erweist! Troß alledem!

Sogar Heldt scheut sich!

Nach allem, was man bisher vom sächsischen Ministerpräsidenten Heldt erlebt hat, muss man ihm allerhand zutrauen. Um so überraschender wirkt die Tatsache, dass sich sogar dieser Heldt scheut, die Klage gegen die verfassungswidrigen Bestimmungen des sächsischen Wahlgesetzes vor dem Staatsgerichtshof zur mündlichen Verhandlung zu bringen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat in ihrer Klage mündliche Verhandlungen beantragt. Diesem Antrag muss nach § 22 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof stattgegeben werden. Trotzdem hat Heldt beim Staatsgerichtshof beantragt, die Entscheidung ohne mündliche Verhandlungen zu fällen, da es sich nur um eine Rechtsfrage handelt. Heldt scheut sich offenbar, seine "Argumente", die wir bereits besprochen haben, vor dem Staatsgerichtshof in mündlicher Verhandlung vorzutragen, weil er sich mit diesen Argumenten vor Sachverständigen scheut und selbst nicht an die Anerkennung seiner Argumente durch den Staatsgerichtshof glaubt. Inzwischen, bis der Staatsgerichtshof die Argumente, auf die Heldt selbst nicht vertraut, als unzureichend abgelehnt hat, bleibt Heldt mit aller Seelenruhe in seinem Posten, regiert wie der Mischmaßblock will, bezieht sein Gehalt, versorgt seine Freunde und hilft mit, den Koalitionsbrüdern fette Geschenke zuzuschanzen.

Das ist der sächsische Heldt, der mit allerhand Krampf seinen Posten verteidigt.

Herr Heldt wird sich aber hoffentlich der Blamagie nicht entziehen können; denn wir nehmen an, dass die Unabhängige Sozialdemokratie auf mündlichen Verhandlungen bestehen wird. Wie klug Heldt und seine Freunde sich wegen ihrer flümmperhaften Klageschrift herauszureden versuchen, zeigt sich dieser Tage im Volksstaat, der behauptete, die Antwort der sächsischen Regierung auf die Klage der Unabhängigen Partei habe ein von Zeigner bewusster Jurist im sächsischen Justizministerium verfasst. Selbst wenn das richtig wäre, was sich ja zunächst überhaupt nicht nachprüfen lässt, trügt selbstverständlich Heldt die Verantwortung der von ihm unterschriebenen und zweifellos auch mindestens becinschuldeten Antwort. Welch eine Zämmereiheit, die Verantwortung für einen Regierungssatz von dem Ministerpräsidenten auf einen Beamten abschieben zu wollen!

Vor einigen Tagen behauptete die Neue Leipziger Zeitung, der Justizminister Dr. Apelt habe sich über die Gültigkeit des sächsischen Landtagswahlgesetzes noch nicht geäußert, da die Frage nicht vor sein Rektor gehöre. Tatsächlich hat aber Dr. Apelt bereits im Januar der demokratischen Landtagsfraktion gegenüber sich im Sinne der Ungültigkeit des Gesetzes geäußert. Trotzdem tragen die Demokraten keine Bedenken, Ruhmreicher der Heldtschen Taktik zu sein!

Aus dem sächsischen Koalitionsjunkt

Die größten bürgerlichen Zeitungen Sachsen's hatten in den letzten Tagen die Meldung gebracht, der Führer der Hausbesitzer Dr. Dumjahn sei über die vielbescholtene Dienstanweisung des Ministerpräsidenten bzw. des Finanzministers vorher informiert gewesen und habe ausdrücklich seine Zustimmung erklärt. Er habe nur den Wunsch ausgesprochen, dass die Dienstanweisung nicht von seinem Parteifreund Weber, sondern von Herrn Heldt unterzeichnet werde. Wir hatten diese Meldung, die wahhaftig Aufsehen erregen konnte, ebenfalls unseren Lefern bekanntgegeben.

Zu erläutern in Verlängerungen an die bürgerliche Presse Herr Dr. Dumjahn, dass das alles gar nicht wahr sei. Er hätte von der Dienstanweisung nur höchst ungern Kenntnis gehabt, hätte sie nicht gebilligt, und auch keinen Einfluss auf die Unterzeichnung der Anweisung genommen. Die Dresdner Nachrichten, die die Bezeichnung im Wortlaut veröffentlichten, fügen hinzu, dass offenbar „gewisse politische Persönlichkeiten durch tendenzielle Einstellungen die Führung des Verbandes der Sächsischen Grund- und Hausbesitzervereine zu discreditieren versuchen“. Natürlich sind diese politischen Persönlichkeiten Koalitionsbrüder, denn der „Volksstaat“ hält in einer umfangreichen Erklärung nachdrücklich seine Behauptungen gegen Dumjahn aufrecht. Zwar weiß nun niemand mehr, was wahr ist, das ist im Grunde aber auch ganz gleichgültig, denn in dem sächsischen Koalitionsjunkte ist es ohne Bedeutung, wer den meisten Gestank erzeugt.

Der Vorwärts hält seine Behauptungen aufrecht

Die Behauptungen des Vorwärts, dass die „Altsozialisten“ durch amtliche Gelder unterstützt werden, hat das Rietzschblatt in Dresden selbstverständlich als falsch bezeichnet. Gegenüber diesen Abwehrungsversuchen des Rietzschblattes hält der Vorwärts seine Behauptung aufrecht, dass dieses Organ durch Reichsgelder unterstützt wird. Er spezifiziert seine Behauptung dahingehend, dass diese Mittel aus der Abteilung VI des Auswärtigen Amtes entnommen sind, die eigentlich zur Unterstützung und Weihilfe für Deutsche im Auslande bestimmt sind. Der Vorwärts knüpft daran ironische Bemerkungen darüber, ob man den Freistaat Sachsen in Berlin als Ausland betrachte, und ob die NSB in Sachsen eine deutsche Minderheit in diesem Auslande darstelle.

Sehr merkwürdig verhalten sich die offiziellen Stellen. Herr Stresemann schweigt auf die schwerwiegenden Vorwürfe des Zentralorgans der größten deutschen Partei vollkommen und nur die Tägliche Rundschau, Stresemanns Organ, und das Wölffische Telegraphenbüro veröffentlichten Dementis, erklären aber im gleichen Atem, dass man aus prinzipiellen Gründen über die Verwendung der Geheimfondsgelder überhaupt keine Auskunft geben könne. Da soll sich noch jemand zurückziehen. Aus jedem Fall wissen wir ja, was selbst amtliche Dementis wert oder vielmehr nicht wert sind. Im übrigen kündigt der Vorwärts an, dass die Sozialdemokratie im Rechnungsprüfungsausschuss des neuen Reichstages sofort von der Regierung Ausklärung verlangen werde.

Die Kraftwagenverkehrsgesellschaft

Bei der Beratung des Kapitels 8 — Staatlche Kraftwagenlinien — im Haushaltungsausschuss B wurde zugleich die Tätigkeit der Kraftwagenverkehrsgesellschaft A.G. mit behandelt. Zu diesem Kapitel stellte der Abg. Genosse Graupe die Anfrage, inwieweit

das vom Landtag im Dezember 1927 beschlossene Darlehen in Höhe von 500 000 Mark zur Beschaffung von Kraftwagen von der A.G. verwendet worden ist und inwieweit bei der Unwetterkatastrophe im August 1927 die Kraftwagen-Verkehrsgesellschaft den Verlust durch Kraftwagen gescheitert hätte. Ferner, inwieweit die bereits im vorigen Jahr von ihm angeregte Vergabe von Aufträgen an sächsische Fabriken, besonders nach Plauen und Zwickau, Rechnung getragen worden sei. Bei dieser Gelegenheit wies er auch auf die beabsichtigte Stilllegung der Schumann'schen Waggonfabrik in Bautzen hin und fragte an, ob auch diese Firma Aufträge erhalten könnte, um eine Stilllegung zu verhindern. Ferner stellte Genosse Graupe die Frage, inwieweit die Kraftverkehrs-A.G. finanzielle Schwierigkeiten bei der Errichtung von Kraftwagenlinien entgegengestanden sei. Regierungsvorsteher Körpe wies in seiner Beantwortung darauf hin, dass die Gemeinden im allgemeinen den Bindungen, die die A.G. stelle, zugestimmt hätten. Bei der Gewährsumme sei die Verzinsung nicht eingerechnet. Die gesamte Gewährsumme beträgt 175 672 Mark. Bei den 124 Linien, die im vorigen Jahre in Sachsen vorhanden waren, mache sich bei 67 Linien noch eine Gewährsumme und Zuschüsse von den Gemeinden notwendig. Die Zulässtung der Gemeinden werden sich mit der Zeit verringern. Bei der Vergabe von Aufträgen an die sächsische Waggonindustrie kommen nur die Zweckdienstmaßen in Betracht.

Zur Zeit bestehen durch Errichtung neuer Linien in Sachsen 140 Kraftverkehrsleitungen. Mit der Reichspost sei man, um den Betrieb zu vermeiden, zu einer Verständigung gekommen. Die Kommunisten stellten bei diesem Kapitel den Antrag, dass von den Gemeinden keinerlei Zuschüsse von der A.G. verlangt werden sollen. Im weiteren verlangten die Kommunisten eine Absonderung Lohn erhöhung für das Fahrspersonal? Bei dieser Gelegenheit erhob der kommunistische Abgeordnete Schreiber gegen den Verkehrsminister heftige Angriffe wegen der nach seiner Meinung zu niedrig gestellten Lohnforderungen. Von sozialdemokratischer Seite wurden diese Angriffe auf das entschieden zurückgewiesen. Die Einstellungen im Kapitel 8 wurden einstimmig genehmigt, die Anträge der Kommunisten abgelehnt. — Sodann verabschiedet der Haushaltungsausschuss B den Titel 7 — Kapitalbedarf des staatlichen Kraftwagenunternehmens — einstimmig.

Die Sozialdemokratie verlangt Rechenschaft

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hat folgenden Antrag eingereicht:

„Die sächsische Bevölkerung, besonders die der Grenzgebiete, hat ein lebhaftes Interesse daran, zu erfahren, wie von der sächsischen Regierung die Mittel verteilt worden sind, die Sachsen von der Reichsregierung für die sächsischen Grenzgebiete erhalten hat. Der Landtag wolle daher beschließen: Die Regierung zu ersuchen, dem Landtag über die Verteilung der Summen eine detaillierte Ausstellung vorzulegen.“

Wie der Sozialistische Sachsenbund zu diesem Antrag mitteilt, hat die sächsische Regierung von der Reichsregierung insgesamt 2½ Millionen Mark erhalten, die sie an die einzelnen Gemeinden zum Zwecke des Wohnungsbaus und für andere soziale Zwecke verteilen sollte. Von dieser Summe sind jedoch ganz andere Ausgaben bestritten worden; so wurden dem Bod. Elster zum Bau eines Stadions 200 000 Mk., der Stadt Bautzen für ihr Museum ebenfalls 200 000 Mk., für das schwere katholische Domfest in Bautzen 30 000 Mk. und anderes mehr bewilligt. Bei dieser Sache darf man auf den Rechenschaftsbericht der Regierung einigermaßen gespannt sein.

Dresden. Ueberfall in der Dresdner Heide. Die Kriminalpolizei berichtet, dass dieser Tage eine junge Frau, die nachmittags auf dem Rad von Langenbrück nach Klohsche fuhr, von einem unbekannten, der plötzlich aus dem Stromgraben sprang, vom Rad gerissen und überfallen wurde. Die Frau seite sich energisch zur Wehr, worauf der jüngere Mensch von ihr abließ. Einige Tage vorher war ein gleicher Ueberfall auf ein Mädchen verübt worden.

Fritzel. Die gefährliche Stichlamme. Im Sächsischen Gusselfahrtsweg wurde ein 24 Jahre alter Arbeiter durch eine starke Stichlamme schwer verbrannt, dass er mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden musste.

Zwickau. Angreinte Beamte. Das gemeinsame Schöffenrecht verurteilte den 27 Jahre alten Verwaltungspraktikanten Krich und den 32 Jahre alten Verwaltungssekretär Baudisbauer wegen Amtsunterschlagung und Fälschung. Die unzureichenden Beamten hatten die Kreishauptmannschaft Zwickau um 1000 Mark geschändigt. Das Urteil lautete gegen Kurth auf ein Jahr sechs Monate, gegen Baudisbauer auf sieben Monate Gefängnis. Beide wurden die Fähigkeit zur Beliebung öffentlicher Amtier auf die Dauer von drei Jahren abgesprochen.

Der Metallkampf in Sachsen

Reichsarbeitsminister greift ein!

Folgendes Schreiben des Reichsarbeitsministeriums ging dem Metallarbeiterverband in Leipzig zu:

„Im Hinblick auf die durch die allseitige Ablehnung des nebenbezeichneten Schiedspruchs bezeichnete Lage halte ich eine Aussprache der Tarifvertragsparteien für erforderlich.“

Ich lade daher auf Mittwoch, den 25. April 1928, 11 Uhr, in das Reichsarbeitsministerium zu Berlin ergesehen ein und bitte um Entsendung bevolettigter Vertreter.

Im Auftrage ges. Dr. Mebes.“

Dem Schreiben nach soll also der Versuch einer Einigung im Leipziger Metallarbeiterkampf gemacht werden. Man kann sich leicht vorstellen, wie der Reichsarbeitsminister auf der Basis der artiger Schiedsprüche überhaupt eine Möglichkeit zur Beendigung des Kampfes sehen kann. Besonders, wenn man den Schiedspruch für die Leipziger Metallindustrie betrachtet, in dem gestellte Anträge überhaupt nicht erwähnt sind, und der zum anderen, wie schon früher nachgewiesen, einen Lohnabbau vorsieht. Auf solcher Basis wird es selbst einem Reichsarbeitsminister schwer fallen, die Leipziger Metallarbeiter wieder in die Bettele zu bringen.

Diese Erkenntnis ist scheinbar auch den Leipziger Metallindustriellen gekommen. Trotzdem sie in Dresden durch ihren Syndikus Dr. Krebschmar erklärt ließen, sie müssten den Schiedspruch, da er für sie untragbar sei, ablehnen, so erklären heute viele Mitglieder des Industriellenverbandes, dass es ein Unsinne sei, an die Durchführung eines derartigen Schiedspruches überhaupt zu denken. Also ein Beweis mehr, dass man schon in der Lage ist, höhere Löhne zu zahlen.

Zum anderen ist natürlich auch die Ausspeierung vielen Industrieleute ungelegen gekommen. Das geht daraus hervor, dass verschiedene Firmen, welche Mitglied des Verbandes sind, überhaupt nicht ausspieten wollten und andere täglich durch die Betriebsräte versuchen, wieder Arbeiter in die Betriebe zu bekommen. An dem Kampfeswillen der Leipziger Metallarbeiter ist eine Durchbrechung ihrer Front gescheitert; sie sind nicht gewillt, diesem oder jenem Unternehmer, der durch das Vorgehen des Leipziger Metallindustriellenverbandes in Differenzen mit seiner Kundschafft oder, wie in einigen Fällen, in finanzielle Schwierigkeiten kommt, zu helfen. Mögen sie das, was sie ihren Betriebsräten sagen, den Scharfmachern ihrer Organisation, wie den Herren Dr. Krebschmar, Eschardt, Henischel usw. in die Ohren schreien, dann wird es möglich sein, auch für die Leipziger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die den Wirtschaftskriegen herbeiführen. Solange das nicht der Fall ist, werden die Leipziger Metallindustriellen die Metallarbeiter auf Kampfsposten finden.

Den Reichsarbeitsminister muss man ersuchen, den Schlichter Haas seinem Vorgänger Brandt bald ins Auge folgen zu lassen und Leute auf diesen Posten zu stellen, welche den Anforderungen, welche an sie gestellt werden, gewachsen sind, damit die Arbeiterschaft vor weiterem Unheil bewahrt wird.

Bon der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei für Tirol erhielt der Deutsche Metallarbeiter-Verband folgendes Sympathieschreiben:

„Werte Genossen! Der am 15. April d. J. in Innsbruck stattgefundenen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei hat beschlossen, den ausgesperten und streitenden Metallarbeitern Sachsen in ihrem heroischen Kampf gegen Kapital, Ausbeutung und Reaktion die unermüdliche Sympathie auszusprechen.“

Der Parteitag ist sich bewusst, dass manche Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, für Brod und Arbeit, das insbesondere der Kampf um den Achtkundentag nicht notwendig wäre, wenn der Industriekapitalismus sowie das Bankkapital nicht so ungemeine Summen für Streikbrecherorganisationen und für imperialistische Bestrebungen, besonders für die Fluchtung kapitalistischer Formationen übrig hätte.

Der Parteitag anerkennt die absolute Notwendigkeit des Kampfes der Sächsischen Metallarbeiter, der um nichts anderes geht als um ihre menschenwürdige Existenzberechtigung und um die primärsten Rechte der Arbeiter und Angestellten.

Mit Parteigruß
Vertretung der Sozialdemokratischen Partei für Tirol.“

Dieses Schreiben ist ein Beweis, dass der Kampf der Metallarbeiter nicht mehr lokale Bedeutung hat, sondern weit über Deutschlands Grenzen hinaus Beachtung findet.

Die Löhne der Reichsarbeiter

SPD Die Neuregelung der Reichsarbeiterbezüge ist dieser Tage abgeschlossen worden. Das materielle Ergebnis dieser Neuregelung bezieht sich die Organisationen nicht. Die Reichsregierung zeigte herziglich wenig Entgegenkommen. Sie stand völlig unter dem Einfluss der Reichsbahn — wieder hat sich das bei den Verhandlungen gezeigt — und sie hatte weder den Mut noch die Energie, sich von diesem Einfluss frei zu machen. Die Lohn erhöhungen, die rückwirkend auf 1. April einsetzen, werden sich ungefähr auf derselben Höhe bewegen wie die Lohn erhöhungen für die Reichsbahnarbeiter; sie werden pro Stunde so nach den einzelnen Orten und Lohngruppen 3—6. In einigen Fällen vielleicht 7 Pfennig betragen.

Zum besseren Verständnis der Auswirkung der neuen Lohnsätze einige Beispiele: Bei der Reichsbahngeellschaft bezahlen zur Zeit die Handwerker in den kleinen, oftmal nur 1000 bis 3000 Einwohner zählenden, württembergischen Gemeinden und Kleinstädten einen Stundenlohn von 70 bis 78 Pfennig, die Arbeiter der Großstädte Magdeburg, Braunschweig, Erfurt, Halle, Hannover und Stettin dagegen 76 bis 78 Pfennig. In der kleinen etwa 40 000 Einwohner zählenden Stadt Eglingen in Württemberg erhält der Handwerker bei der Reichsbahn einen Stundenlohn von 97 Pfennig. In den Ruhestädten Dortmund, Essen, Bochum, Gelsenkirchen usw. 80 Pfennig. In dem etwa 3000 Einwohner zählenden kleinen Städtchen Warbach am Neckar erhält der Handwerker bei der Reichsbahn 86 Pfennig, in der Großstadt Frankfurt a. M. dagegen 80 Pf.

Die Reichsbahngeellschaft regelt ihre Löhne nach den Lohnverhältnissen der für sie vergleichbaren Metallindustrie. Das mag die Beziehungen der Reichsbahngeellschaft richtig sein. Doch aber die Reichsregierung schmäht diese Löhne, die den Lohnverhältnissen der in den großen Maschinenfabriken usw. tätigen Metallarbeiter entspringen, einfach auf die Schuhmacher, Schneider, Tischler und alle möglichen anderen Berufsgruppen, die im Bereich der Reichsrechts tätig sind, überträgt — das mag für die Reichsregierung sehr bequem sein, ist aber für die Arbeiterschaft absolut untragbar. Niemand, der von Lohnpolitik auch nur eine Ahnung hat, kann dieses Vorgehen der Reichsregierung gutheißen. Die Organisationen müssen in Abetracht der gegenwärtigen politischen Umstände — Neuwahl des Reichstages usw. — das nunmehr vorliegende Lohnergebnis, der Not gehorchn, hinnehmen; sie haben aber die Regierung keinen Augenhinterhalt darüber im Zwielicht gelassen, dass der Kampf gegen die jetzt übliche Methode zur Regelung der Löhne der Reichsarbeiter so lange weitergeführt werden wird, bis sie befieigt ist.

Dank der energischen Bemühungen der Organisationen ist es gelungen, wenigstens in den Mankelsbestimmungen und in der Gruppierungfrage einige nennenswerte Erfolge zu erzielen. Hier haben die Unterhändler der Regierung zum ersten Mal seit längerer Zeit eine gewisse Großzügigkeit an den Tag gelegt. Ihre Aufräffung zum Besseren war aber auch dringend notwendig; denn die durch die Haltung der Regierungsvorsteher bei Beginn der Verhandlungen geschaffene Situation war einfach unmöglich. So wie bisher konnte es in der Frage der Mantelbestimmungen und der Gruppierung unmöglich weitergehen.

Die Reichsarbeiter sind kurz vor den Wahlen durch die unbefriedigende Regelung ihrer Löhne förmlich mit dem Rote brautgestoßen worden, das sie von einem Bürgerblock nie durchgreifende Hilfe zu erwarten haben und deshalb alles daran setzen müssen, die Bürgerblockparteien bei den Wahlen zu schlagen. Es gibt in Deutschland nur eine Partei, die sich vorbehältlos für die Arbeiterschaft einsetzt, nur eine wirkliche Arbeiterpartei: die Sozialdemokratie. Je mehr Enttäuschung für die Bürgerblockparteien bei den Wahlen, desto weniger Enttäuschungen für die Reichsarbeiter bei künftigen Lohnverhandlungen!

Sogar der DHV gegen gelbe Bankbeamte

WTB Berlin, 22. April.
Der Deutschen Nationalen Handlungsgesellschaftenverband stellt mit, dass seine erweiterte Tarifkommission auf der heutigen in Berlin abgehaltenen Reichstagung der Reichsabgeordneten "Banken" des DHV beschlossen hat, eine Beteiligung an dem zwischen dem Reichsverband der Bankleitungen und dem Deutschen Bankbeamtenverein abgeschlossenen Tarifvertrag abzulehnen, der als völlig ungenügend bezeichnet wird.

Wilkins überfliegt den Nordpol

Rein Land entdeckt

SPD Kopenhagen, 22. April.

Die amerikanischen Flieger, Kapitän Wilkins und Lieutenant Egelson waren vor 6 Tagen von Kap Barrow in Alaska aufgestiegen, um den Nordpol zu überfliegen. Sie sind vor 6 Tagen bei Green Harbour in Svalbard auf Spitzbergen in östlicher Wildnis gelandet. Erst nach längigem Suchen ist es ihnen gelungen, norwegische Kolonisten anzutreffen. Der Flug von Point Barrow nach Svalbard, der über den Nordpol führt, währt 21 Stunden.

Wie Berichte aus Green Harbour (Spitzbergen) besagen, wurde das Flugzeug des Kapitäns Wilkins durch Schneesturm und zur Landung gezwungen. Green Harbour ist die südlichste Bucht von Isfjord. Wilkins und sein Beleiter haben dort in einem Dorf, das von Bergarbeitern bewohnt ist, Unterkunft gefunden. Sie werden gezogen sein, hier bis zur Eis- und Schneeschmelze zu bleiben. — Amundsen sprach seine große Befriedigung über den erfolgreichen Flug nach dem Nordpol aus und betonte, daß noch kein Flug unternommen wurde, der an Bedeutung mit diesem zu vergleichen wäre.

*

Damit ist der Nordpol zum dritten Male erreicht und übersungen worden. Unwillkürlich erinnert man sich des Jahres 1926, in dem nicht weniger als 8 Expeditionen die Jagd nach dem Nordpol unternahmen. Als erster wurde der Pol durch den Amerikaner Byrd überfliegen, 2 Tage später erreichte Amundsen in seinem Luftschiff „Norge“ den Pol, umkreise ihn, konnte aber durch die weiten Eisflächen nicht landen. Jetzt rüstet sich General Nobile, um den Nordpol als Vierter zu überfliegen.

Amtliche Bekanntmachungen

Einladung

zur Versammlung der Jagdgemeinschaft
Leipzig-Großschocher-Windorf
am Dienstag, dem 8. Mai d. J., 11 Uhr
vormittags, im Galhof zum Trompeter,
Großschocher-Windorf, Hauptstraße 21.

Tagesordnung:

1. Neuwahl des Jagdvorstandes gemäß § 18 des Jagdgesetzes in Verbindung mit § 8 der Ausführungsverordnung zum Jagdgebet vom 23. Juli 1925. Vertretung durch lädtlich ausgewählte Bevollmächtigte ist zulässig.

2. Sollte die Versammlung nicht beabsichtigt sein, so wird für den gleichen Ort und Tag, eine halbe Stunde nach der ersten Versammlung, hiermit eine zweite Versammlung anberaumt. In dieser fassen die Erwähnten ohne Rücksicht auf die Anzahl der vertretenen Stimmen Besluß.

Leipzig, den 19. April 1928
L. R. 187 Das Polizeipräsidium.

Das hintere Nummernschild des Grob-
fahrtkennzeichens für Kraftwagen

III - 03599

ist verloren worden

Eigentümer: Firma Dr. Franz Weis-
bach, Automobile, Leipzig, Augustus-
platz 7.

Zur Verhütung von Missbrauch wird
das Grobfahtkennzeichen hiermit für
ungültig erklärt.

Leipzig, den 20. April 1928.

Das Polizeipräsidium.

Bekanntmachung.

Betreffend die Wahl der Mitglieder des
Ausschusses der Landesversicherungs-
anstalt Sachsen.

An Stelle des erkrankten Regierungs-
rates Stubnicka ist
Ober-Regierungsrat Eberhard
als Vorsteher des Stimmbezirks des
Versicherungsamtes der Amtshauptmann-
schaft Leipzig ernannt worden.

Leipzig, am 21. April 1928.

Dr. Bachler, Amtshauptmann.

Verein für Radfahrwege e.V., Leipzig

Achtung! Radfahrer, Radfahrerinnen! Achtung!
Donnerstag, den 26. April, 19.45 Uhr, im „Metropol“,
Gottschedstraße 12, auf Einladung der Fahrradmechaniker-
Innung.

Vortrag mit Lichtbildern

über Notwendigkeit und volkswirtschaftliche Bedeutung
der Radfahrwege, der Verkehrsregelung für Radfahrer,
sowie der Aufgaben der Vereine für Radfahrer, bisherige
Erfahrungen und Arbeiten im ganzen Deutschen Reich.
Alle Radfahrer, Radfahrerinnen, Radfahrerverbände und
Vereine werden hiermit höflich eingeladen.

Frisch Grün, Vorhänder.

Asthma

stillt am besten
Renni-Asthma-
Pulver, gefüllt s.
Einnnehmen und be-
währt sich. Astarrh-
Sülzen, Berchleim-
ung und macht
ruhig. hustenfreie
Nächte. Zu haben:
Angel-Pothe. Matrik. 12



Ungeahnt große

nie verlangte Einnahmen bringt
eine Erdbeeranlage mit einer
Riesenfrüchte bringenden Sorte, wie
es Königin Luise ist. Diese außer-
ordentlich hochbewertete, wachstolle
Sorte erreicht eine ganz enorme
Größe. Die Früchte sind sehr groß,
von regelmäßiger Form, farbprächtig,
voll glänzend, dunkelrot über die
ganze Frucht. Fleisch lämzend, sehr
laut, köstliches Aroma, einsatzbereit und
länger haltbar, ohne daß die Früchte am Schönheit verlieren.
Die Tragbarkeit ist fabelhaft. Wir zählen am 27. Juni 1927
an einer Pflanze einen Fruchtknoten von 360 Stück und 150
Früchte (ferne unausgereift mitgezählt). Ein Beet von
25 Meter Länge mit 4 Reihen lieferte eine Tagesernte von
ca. 1 Zentner. Pflanzen dieser Massenträgerkultur: 25 Stück
160 Mt., 50 Stück 3 - Mt., 100 Stück 5 - Mt., 250 Stück 10 - Mt
500 Stück 18 - Mt., 1000 Stück 32 - Mt. Kulturanwendung,
wie man Riesenfrüchte erzielt, liegt bei. Verkaufsort in guter
Woospaduna. Verlandgärtner Hölziger, Nahebühl 30.



Brühl 6 Grimmaischer Steinweg 15, Eisenbahnstraße 31
Winzermühlenstraße 24, Gauderstraße 15.

Das Erdbeben in Bulgarien

Schilderung eines Augenzeugen

SPD Sofia, 22. April.

Die „Sora“ veröffentlicht folgende anschauliche Schilderung eines Augenzeugen der furchtbaren Erdbebenkatastrophe in der gänzlich zerstörten Stadt Borissowgrad:

„Die ganze Nacht heulte ein schrecklicher Sturm, der tiefe Staubwolken aufwirbelte. Am nächsten Morgen um 11 Uhr, als ich meine Wohnung verließ, um einen kleinen Spaziergang zu machen, erönte ein unheimliches unterirdisches Donnern, ähnlich einer entfernten Artilleriekanone. Im gleichen Augenblick, ich hatte gerade die Straße erreicht, begann der Boden unter den Füßen zu schwanken und nach zwei bis drei Sekunden zu zittern. Ein Orkan segte über die Stadt, und wie von einer geheimen Macht wurde ich auf den Boden gedrückt. An der Hand hielt ist mein kleines Kind, das niederkniete. Erdbeben... fuhr mir durch den Sinn. Als ich nach einigen Momenten aufsprang und mich umschaut, bot sich mir ein entsetzliches Bild der Verwüstung. Schornsteine, Häuser brachen unter furchtbarem Krachen zusammen. Gelende Schreie erschütterten. Überall Szenen des Zimmers. Mütter suchten ihre Kinder — und Kinder riefen nach den Eltern. Als der erste Schrei vorüber war und auch die Erde wieder still lag, rannten die Leute wie senslos über die mit Geröll und Schutt bedeckten Straßen hinaus aufs freie Feld. Raum waren wir draußen, als ein neuer Erdstoß erfolgte, weniger heftig. Die erregt zusammensetzenden Gruppen stoben in panischen Schreien auseinander. Über der Stadt lag Grabesstille. Alle Häuser waren eingestürzt oder beschädigt, doch sie nicht mehr bewohnbar sind. Die neue Schule und Kirche bilden einen einzigen Trümmerhaufen.“

SPD Berlin, 23. April. (Radio)

Die Erdstöße in Philippopol dauerten, wie uns aus Sofia gemeldet wird, auch am Sonnabend und Sonntag an. Die Bevölkerung kam in folgendes nach wie vor und trostloses Sonntagsdorf. Einzelne Gebäude standen in voller Ruhe, während andere unter furchtbarem Krachen zusammenbrachen. Gelende Schreie erschütterten. Nach langem, schwerem Leiden entschloß am Sonnabend, 21. April, im Krankenhaus St. Jakob, meine liebe Frau, Schwester, Schwägerin, Großmutter und Tante, Frau Richard Müller und trauernde Hinterbliebene. Einäscherung findet Mittwoch nachm. 3 Uhr statt. Blumenspenden dankend abgelehnt.

Familien-Nachrichten

Nach langem, schwerem Leiden entschloß am Sonnabend, 21. April, im Krankenhaus St. Jakob, meine liebe Frau, Schwester, Schwägerin, Großmutter und Tante, Frau Emilie Müller geb. Walther

im Alter von 68 Jahren. In tiefer Trauer
L.-Neuschönfeld, Eisenbahnstraße 10

Richard Müller

und trauernde Hinterbliebene. Einäscherung findet Mittwoch nachm. 3 Uhr statt. Blumenspenden dankend abgelehnt.

Agnes Elsa Riedel

gesch. Thibault geb. Pfefferkorn

Leipzig W 35, den 23. April 1928
Demmeringstraße 157.

Wilhelm Riedel als Gatte

Herbert Thibault als Sohn.

Einäscherung Mittwoch 14.30 Uhr auf dem Südfriedhof — Beileidsbesuche und Kranzspenden dankend abgelehnt.



Werbewoche!

Eß Fisch — statt Fleisch!

Preise für prima frische Ware:
Schellfisch, im Anschlitz Plund 38
Kabeljau, im Anschlitz Plund 24
Seelachs, im Anschlitz Plund 22
Außerdem: Schollen, Reizunge, Knurrhahn, Filets, Karbonaden

Aus unseren Fischbacköfen 60.
täglich warme Fischfilets . . . Pl. 10.

Ostardinen, Marinaden, Heringe, alles sehr
preiswert. Riesenauswahl in Räucherwaren

Deutsche Dampflichtereigessellschaft

„Nordsee“

Verkaufsläden:
Zeitzer Str. 19, Reichsstr. 25, Drösner
Straße 49, Merseburger Straße 47,
Markranstädt und Bitterfeld

Leser der Volkszeitung
berücksichtigt unjere Interessen!

Verkäufe

Von Herrn Hohen
wenig getragene
Herrn-Garderobe
bill. zu ver! Witten,
Zorkinstr. 12, p.

Ein- u. Verkaufsgesch.

Empföhle
Roggen- und Weizenmehl,
Roggen- und Weizenkleie,
Gersten-, Hafer- und Mais-
schorf, Futtermehl
Hühnerfutter usw.

Mühle Beucha b. Leipzig.

Auf Kredit
Schränke
mit 5 M. Anzahlung
Möbel-, Waren-
Kredithaus
Hans Hoffmann,
Heinrichstrasse 10, I.

Bill. Bezugsquelle
solider Möbel
Tischläden gestaltet,
Alteh., Altenbergs. 38.

Aufwaschtisch 48 Mk,
Küchenbank 14 Mk,

beid. neu, weiß, 3 pf.

Unt. Münsterstr. 32 III.

Kaufgeschäfte

L. Pfefferkorn, Filialen, Neumarkt 3
F. Hug & Co., Schulz 3
C. 1468. Oll. m. P. ab.

Nähmaschinen

Ersatzteile — Nadeln — Öl

Reparaturen

Deutsche Nähmaschinen-

Vertriebsaktiengesellschaft

Leipzig Ferrut Nr. 119 27

Schiltzenstr. 21

Spezial-Nähmaschinen-Abteilung

Augustenstr. 26, Ecke Dresdner Straße

Haben Sie Stoff?

Aus mitgebrachten Stoffen

erhalten Sie einen modernen

Anzug + Mantel

nach genommene

Maß

für nur 29,- mit allen

Zutaten angefertigt

Eigene Werkstätten

Paul Noack, Leipzig

Elsterstr. 55, pt

gegenüber Klein-Theater

Sonntags gesch.



Hohe
billig und gut
in
Riesenauswahl

Zephir licht-, luft- und waschecht, für

Sport- und Oberhemden . . . 65 48

Shantung-Halbseide

moderne bunte Drucks. 1.90

Bastseide reine Seide 2.90

herrl. Muster 2.90

Kasha uni und ge-

must. . . 4. . . 3.40 2.90 1.90

Wollmusseline

Riesenauswahl in neuest.

Mustern 3.25 2.50

1.9

Steigerwald & Kaiser

Das große Vertragspiel

Wir brauchen uns natürlich nicht damit abzugeben, dem geschwollenen Schulmeister die fetten Broden seiner klassischen Bildung abzujagen, die er allezeit vor sich her im Munde führt. Aber alle, die wir den jungen revolutionären Dichter von Räubern und Rabab, von Carlos und Fiesto lieben, müssen uns doch selber darüber Antwort geben, weshalb uns die Mitte seines Werkes schon so gleichgültig geworden ist, die Stuart und der Wallenstein und die antisemitisch verfeindete Weissnabrat, und mit uns erst wieder für die romantische Jungfrau und den vollstümlichen, von den hellen Strömen der französischen Revolution noch einmal befreiten Tell erwärmen. Es hatte nämlich jener mittlere Schiller, der Goethes Freund, Jenae Professor und auch ein böhmisches Weimarer Fürstendienst geworden war, der also ein richtiger revolutionärer Stürmer denn doch wohl nicht gut mehr sein konnte, sein einziges wesentliches Verhältnis zur Geschichte, eben das des Revolutionärs, des Anderers, des Ideenstreiters verloren. Und damit kam er in ein professoral-antiquarisches, in ein alzu bürgerliches und zugleich in einen allzu sentimentalischen Verhältnis hinein. Er hatte gar kein Talent, die Welt zu malen, wie sie war, das hatte Goethe weit mehr. Er hatte nur das Talent, sie als eine äußerst würdige, als eine geänderte werden sollende zu zeichnen. Da er aber das nicht mehr durfte und also nicht mehr zu wollen glaubte — er hat es ja im Tell offenbar doch wieder gemölt —, schrie er sie unter Moral oder verfärbte sie sentimentalisch. Also lach er die Neuerungen der Maria trocken und die Gewissensqualen der Elisabeth, also schuf er in Thello den eisernen Backisch und also erblickte er in Wallenstein den Mann, der immerzu verraten wird, solange er nicht gerade damit beschäftigt ist, selber zu verraten. In diesem berühmten, schwungvollen Doppeldrama mit seinem von Goethe inspirierten, oft poetisch leichten Wallenstein-Lager voran, wird das Vertragspiel gespielt: Verrat! Ich dir, verrate du mir, verraten wir uns alle beide. Es kommt hier weniger darauf an, zu erörtern, wie der Verrat immerdar eigentlich nur unter Gleichen, unter gleich Mächtigen eine Rolle gespielt hat, die Verträge untereinander abzuschließen vermochten und gegenzeitig an der Zuverlässigkeit solcher Verträge gleichermaßen interessiert waren. Alle Macht aber und alle Kronen dieser Welt gründen sich im Anfang auf Verrat. Treubruch ist der erlauchte Ahnherr aller Macht, wie Diebstahl der Ahnherr aller Reichtums.

Wichtiger noch, als daß die Menschen, die jene Geschichte machten, anders fühlten und anders handelten als Schillers ganze Wallensteinerei, wichtiger ist, daß wir heute mit dieser bürgerlichen Moralheuchelei nichts zu tun haben möchten, von der sich Schiller einsingen ließ, als er die große Historie für das Bürgerum und einen hohen Adel seiner Zeit zurecht mache. Die ganze Vorstellung von einer Welt, in der egal irgend wer verratet oder zur Abwechslung einmal Treue gehalten wird, ist abwegig, ist eine psychologische Fälschung und ein alzu billiger, dramatischer Konflikt. Man weiß in der Regel recht gut, ob man sich auf eine Abmachung, ob auf einen Menschen verlassen darf, ob entweder gemeinsamer Vorteil oder gemeinsame Empfindungen verbinden. Es ist eine alzu bequeme Welt, in der fortwährend von Verrat oder Treue die Rede ist, das können oder die Macht, die Sache oder die Leistung, sind viel wichtiger. Nur wer so dummkopf ist, von dem andern immerfort das zu erwarten, was er selber nicht leisten möchte, nur der zetert sein Leben lang über Verrat.

Schillers entscheidendes Mühlen, das uns heute wirklich schon sein Wallensteinstück entstremdet, war es, daß er ausgerechnet seinen Helden, den Rogers Abbot, den großen Condottiere, den erfolgreichen Heerführer, sich in allen und in jedem lästern läßt. Das bösische Astrologie erklärt gar nichts, denn man liest in den Sternen nur, was man ohnehin schon glaubt. Dieser Wallenstein, der schlechte Menschenkenner unter der Theaterkonne, hätte es in seiner eigenen Armee nicht bis zum Wachtmüller geschafft, denn zum Abgott gebracht. Darum finde ich, daß unsre Spaniade heute seine Gestalt und seine Konspiration einfach ablehnt, daß sich ihr weiter nichts einspielt als die blutige Ermordung eines selbstbewußten Chefs durch seinen langjährigen, von ihm aber schwer bedeckten Angestellten. Eben darum war auch die zusammenfassende Bearbeitung von Lager, Piccolomini und Tod durch Alwin Krückow, die gezwungen war, durch unerhörte Kürzungen den Wallenstein schweiglamer, fäßer und tödlicher zu machen, weit wirksamter, als es heute noch die leidlich vollständige Aufführung des Tales sein kann, auch wenn die Gräfin Terza nicht so sehr schreit, daß sie zuletzt bloß noch frecheln, und die Thella nicht so sehr haucht, daß sie zuletzt nicht mehr piepen kann, auch wenn Max den Sturm seiner Leidenschaft nicht fortwährend über die Grenzen ungeahnter Komik hinausziehen läßt. Man mag auch die Namen aller dieser, die Schillers ungewöhnliche Töne im

Schauspielhause entweder halb verfehlten, oder feindlich trafen, nicht hersehen. Nur etwa Stoedels würdigen, etwas phlegmatischen Octavio anzuführen und des schönen, biederbreiten Schweden gedenken, den Koch, der Spielwart, als Wrangel hinstellte. Auch die Bühnenbilder aus alten Beständen und sonderbaren Vorhängen, nicht eben gleichmäßig, sind vergessenswert.

Wie sich aber Albert Bassermann mit dem Wallenstein absindet, das ist sehr interessant. Genau genommen spielt er eine Kreuzigung von seinem Halmat Edal mit seinem Baumeister Solnech im spanischen Feldherrenkostüm. Er detoniert das Joviale an Schillers Wallenstein, die Neigung zum naiven Selbstbetrug und zugleich das ewig Unentstehene, das dauernde Auf und Ab des Sanguinikers zwischen Prähler und Aengstlichkeit. Er verläßt es einfach, mit seinen großen Mitteln Wallenstein den Großen zu spielen, wie die Tradition es verlangt. Aus Instinkt für die Wahrhaftigkeit der Natur läßt er diesen ewig Geläufigsten, in allem sich Täuschenden zunächst nichts weiter, als einen robusten Schönreiter sein und gibt ihm erst zuletz, wenn er von allen verlassen ist, einen imponierenden Ausbruch der Selbstsicherheit im Rückblick auf seine historischen Erfolge, die der dramatischen Nachprüfung entzogen blieben. Nur eben darin, daß er außer durch Spieße, die man ihm

Juge, nur blieb, nach meinem Ermessens, Scherchen dann allzu lange im vorbereitenden Tempo. Aber wir wollen nicht um Einzelheiten reden, denn von dem, was Scherchen gewollt hat, ist vieles nicht gekommen. Dazu wären mehr Proben mit dem Orchester nötig gewesen, dessen Bläser nicht nur im Adagio (das an vielen Stellen stark bläst) gefährliches unternehmen. Daß die Durchführung im ersten Satz nicht klingen wollte, jede Instrumentengruppe sich isolierte, lag es nur an der albernen Überhalle, in der einige günstige Plätze allein ein tollrestes Klängebild ergeben? Am meisten litt freilich der Riedelverein, für den sich doch eine andere Aufstellung als gerade die ungünstigste finden müßte, unter dem Raum. Das schöne Einleitungsschörwerk "Meeresstille und glückliche Fahrt" kam nur halb zur Geltung mit dem klänglosen Chor, der augenscheinlich noch gehemmt war durch Scherchens ihm ungewohnte freie Dirigierbewegungen. Hoffentlich gibt es Gelegenheiten, Ludwigs trefflichen Chor und Scherchen miteinander verzauter zu machen. Das Soloquartett sang gut zusammen (die Krämer-Bergau etwas zurückhaltend, Neuber mit vielen Strophen, für ihn charakteristischen Tönen, die Prachtstimme Osterkamps sonderbarweise zweimal sehr nasal), beglücklich im letzten Quartettsoh. Vor der Sinfonie hatte das Soloquartett (mit Charlotte Schröder im Sopran) einen kostbaren Elegischen Gesang mit Streichorchester gefungen. An der Aufführung zweier Sinfonien mit der Neunten zusammen offensichtlich wiederum, welche Sonderbedeutung Scherchen für uns hat. Für mich war auch, trotz mancher Ungenau, diese Interpretation der Neunten die interessanteste, die ich in den letzten Jahren in der Überhalle gehört habe.

Der Hammond-Steinway-Flügel mit dem Pedal der Tonschattierung hat Einrichtungen, die die Dauer des Tones verlängern können, um größeres Volumen geben und vermittelst Klappenauslösung ein Anschwellen liegenbleibender Töne bewirken, welches auf dem gewöhnlichen Flügel nicht möglich ist. Dies letzte ist freilich in der Kavalleriliteratur nur sehr selten verwandbar, der größere Ton klingt in der Tiefe und befremdet in der harten Höhe. War war also wenig begleitet, zumal der vorführende Pianist Lester Donahue den Hilfstrielen geistig und klanglich vorwegend dürr und blau behandelte. Ein langweiliger Abend. Und nach solcher Probe: ein entbehrliches Instrument.

Im dichtgefüllten Jenzitaltheater tönen die herauschten Zuhörer nach dem grandios, brillant und doch mit Strenge gelungenen Opernpartien um Heinrich Schlußnus. Vor den Arien hatte er vollendet natürlich Lieder gefungen, unter denen man für Hoch-Gesänge und Wolf-Lieder besonders dankbar war. Schlußnus schien von dem gemeinen Wetter ein wenig erschöpft, an ein paar Stellen klang ein Nebengeräusch, glaubte man Vorhut zu erkennen. Um so bewundernswert die Leistung der in allen Lagen ausgegliederten, aller Register mächtigen Stimme, bei der überlegene Technik selbstverständlich wurde. Am Flügel: Franz Rupp, ein ausgesuchter Musiker und Rhythmus, aber doch dem Klavier nicht vertraut. Er ist überzeugt bei der Sache, man merkt's ihm an, aber die Töne klingen nicht, bleiben undeutlich. Schlußnus' Gesang kontrastiert seltsam beruhigend zu Rupps technischem Schmiss.

Danach von dem Liederabend einer Leipziger Dame zu schreiben, in Vornotizen und Kritikauszügen "vorzügliche Ullstein" genannt, fällt schwer. O wie bist du bitter. Lassen wir den Namen weg, denn am Schluß war auch das Stimmchen ganz weg, nachdem es vorher tremoliert, fassis intoniert, höchst unrein ... kurz so gefungen hatte, wie man es in einem öffentlichen Konzert in Leipzig nicht für möglich gehalten hätte. Der Fall wird erschwert, weil drei Leipziger Komponisten selber ihre Lieder begleiteten. Wie wollen denn die Herren als Musiker ernst genommen werden, wenn sie solchen Gesang im Kaufhaus bestreiten? Sie hätten doch bei der ersten Probe sagen müssen: "Nein, Ma'am, Sie können nicht singen. Mit mir wenigstens nicht." Es scheint, als ob die Sucht, ihre Lieder auszuführen zu sehen, ihnen was ins Ohr gegossen gehabt hätte. Um diese Lieder lohnt es im übrigen kaum und sonders nicht. Das ging noch alten Weisen, im Brahmsston, im Boltston, im neuklassischen Beethoven, im Volkston. Das Schlittschuh-Dehmels gewöhnliches Revolutionslied: "Mühle, Mühle, mahl!" Allz kennen es. Hier drehte einer eine Liederei dazu, als handle sich's um eine Kaffeemühle beim Feierabendläuten. Wenn sich die Komponisten so über den Raum täuschen, der ihr Notenkreieren begleitet, kein Wunder, wenn die Sängerin das alte Kämmerleinträumen mit dem Konzertgesang verwechselt.

Zwei Künstler retteten den Abend vor der Nichtigkeit: Otto Weinreich und Paul Verbeek, die, trefflich aufeinander eingestellt, farbig abgetönt, mit Delikatesse und gegliederten Steigerungen auf zwei Klaviertaten Kammervariations von H. Unger und eine irische Impression von Arnold Bax zum erstenmal spielten. Konventionelle Werke beide, aber fundiert, gekonnt und zwischen den Liedern als Wohlthat wirkend. H. W.

Auf der Wallenstein-Probe gezeichnet von Max Schmid

in den Reihen, nicht unterzukriegen ist, scheint die Größe dieses Schiller-Bassermannschen Wallenstein zu bestehen, einer Figur, zu deren Nachfolgern neben andern Jähns Baumeister Solnech zählt, und zu deren Vorgängern erst Bassermann seinen eignen Halmat aus Jähns Wildenreit gemacht hat.

Albert Bassermann.

Strebende, Erlöste, Unbefugte

Hermann Scherchen dirigierte Beethovens Neuzeit. Viele von den vielen, die diesen Dirigenten lieben und verehren, werden darauf seit Jahren gewartet haben. Und donnernd war der Beifall. Es galt nicht nur diesem Konzert, sondern aller Arbeit Scherchens im letzten Winter, war kräftiges schönes Zeugnis der Verbundenheit und des Verlangens seiner Wiederkehr. Von den Neunten geriet am geschlossensten der zweite Satz. Padend auch Anfang und Schlussstück des ersten, viele Episoden des Schlusses. Eindringlich und herrlich errangen die Kontrabässe zum Beginn der

herrschende Klasse Amerikas führt, beweist die Tatsache, daß die Regierung auf die Warnungen nicht reagierte.

Die einzige Antwort der Regierung war das Aufrufen aller verfügbaren militärischen und polizeilichen Kräfte. Die Vereinigten Staaten schienen in ein Kriegslager verwandelt zu sein. Regierungsgebäude und Gefängnisse, Eisenbahnen und Banken, Gerichtsgebäude und Wohnhäuser der in der Demokratie stehenden Personen — alles wurde von starken Polizeiaufgaben bewacht. Die Polizei besetzte und verhaftete bekannte Radikale. In verschiedenen Städten verbot man öffentliche Versammlungen, zum Beispiel in Boston eine friedliche Kundgebung auf dem historischen Gemeindegrund.

Die New Yorker Polizei gestattete keine Demonstration. Verschiedene spontane Umzüge in den Arbeitervierteln wurden von der Polizei mit brutaler Gewalt auseinandergepreßt. Die wenigen im Freien erlaubten Versammlungen umringte eine mehrfache Polizeikette, hinter der in Reih und Glied Maschinengewehre standen. Auf den Dächern postierte man Polizei, die mit Gasbomben bewaffnet war.

Am 5. August explodierten an verschiedenen Stellen zu gleicher Zeit einige Bomben. Die Presse und die Polizei sahen diese Bombenattentate auf das Konto der "Sacco-Vanzetti-Freunde", treulich keinerlei Beweise dafür vorhanden waren. Aber diese Explosionen dienten, den Anhängern der Hinrichtung eine Art Berechtigung für ihre Aufregung zu geben und die Zeitungen unterstützten sie einmütig. Es ist sicher, daß diese Explosionen das Werk von Provokateuren waren, wie das in Amerika seit dem berüchtigten Attentat von Chicago 1886 beliebt ist. In einer ganzen Anzahl Städte wurden mysteriöse Polizei, die Bomben enthielten, gefunden". In Utica, in der Nähe von Newport, wurden zwei Gebäude demoliert. Presse und Polizei sahen darin sofort einen "Schacht für Sacco und Vanzetti". Am nächsten Tag wurde bekannt, daß die Behörden selbst diese Explosionen herbeigeführt hatten, um die Verbesserungsumme betrügerischerweise einzufästern. Ein anderes "Bombenattentat" entpuppte sich als Explosion einer geheimen Schnapsbrennerei.

Vergebliche Unterstüngungen

Am 4. August legte Rechtsanwalt William G. Thompson die Verteidigung nieder. In einer Erklärung griff er den Gouverneur und das Beratende Komitee wegen ihrer Inquisitionsmethoden auf das heftigste an. Er wies auf die unerhörte Behandlung der Entlastungzeugen hin. Die Erklärung rief den Stempel tiefer und schmerzlicher Enttäuschung. Bisher hatte er an die Unparteilichkeit der amerikanischen Behörden geglaubt und konnte jetzt seine Ent-

Juge, nur blieb, nach meinem Ermessens, Scherchen dann allzu lange im vorbereitenden Tempo. Aber wir wollen nicht um Einzelheiten reden, denn von dem, was Scherchen gewollt hat, ist vieles nicht gekommen. Dazu wären mehr Proben mit dem Orchester nötig gewesen, dessen Bläser nicht nur im Adagio (das an vielen Stellen stark bläst) gefährliches unternehmen.

Daß die Durchführung im ersten Satz nicht klingen wollte, jede Instrumentengruppe sich isolierte, lag es nur an der albernen Überhalle, in der einige günstige Plätze allein ein tollrestes Klängebild ergeben? Am meisten litt freilich der Riedelverein, für den sich doch eine andere Aufstellung als gerade die ungünstigste finden müßte, unter dem Raum. Das schöne Einleitungsschörwerk "Meeresstille und glückliche Fahrt" kam nur halb zur Geltung mit dem klänglosen Chor, der augenscheinlich noch gehemmt war durch Scherchens ihm ungewohnte freie Dirigierbewegungen. Hoffentlich gibt es Gelegenheiten, Ludwigs trefflichen Chor und Scherchen miteinander verzauter zu machen. Das Soloquartett sang gut zusammen (die Krämer-Bergau etwas zurückhaltend, Neuber mit vielen Strophen, für ihn charakteristischen Tönen, die Prachtstimme Osterkamps sonderbarweise zweimal sehr nasal), beglücklich im letzten Quartettsoh. Vor der Sinfonie hatte das Soloquartett (mit Charlotte Schröder im Sopran) einen kostbaren Elegischen Gesang mit Streichorchester gefungen. An der Aufführung zweier Sinfonien mit der Neunten zusammen offensichtlich wiederum, welche Sonderbedeutung Scherchen für uns hat. Für mich war auch, trotz mancher Ungenau, diese Interpretation der Neunten die interessanteste, die ich in den letzten Jahren in der Überhalle gehört habe.

Der Hammond-Steinway-Flügel mit dem Pedal der Tonschattierung hat Einrichtungen, die die Dauer des Tones verlängern können, um größeres Volumen geben und vermittelst Klappenauslösung ein Anschwellen liegenbleibender Töne bewirken, welches auf dem gewöhnlichen Flügel nicht möglich ist. Dies letzte ist freilich in der Kavalleriliteratur nur sehr selten verwandbar, der größere Ton klingt in der Tiefe und befremdet in der harten Höhe. War war also wenig begleitet, zumal der vorführende Pianist Lester Donahue den Hilfstrielen geistig und klanglich vorwegend dürr und blau behandelte. Ein langweiliger Abend. Und nach solcher Probe: ein entbehrliches Instrument.

Im dichtgefüllten Jenzitaltheater tönen die herauschten Zuhörer nach dem grandios, brillant und doch mit Strenge gelungenen Opernpartien um Heinrich Schlußnus. Vor den Arien hatte er vollendet natürlich Lieder gefungen, unter denen man für Hoch-Gesänge und Wolf-Lieder besonders dankbar war. Schlußnus schien von dem gemeinen Wetter ein wenig erschöpft, an ein paar Stellen klang ein Nebengeräusch, glaubte man Vorhut zu erkennen. Um so bewundernswert die Leistung der in allen Lagen ausgegliederten, aller Register mächtigen Stimme, bei der überlegene Technik selbstverständlich wurde. Am Flügel: Franz Rupp, ein ausgesuchter Musiker und Rhythmus, aber doch dem Klavier nicht vertraut. Er ist überzeugt bei der Sache, man merkt's ihm an, aber die Töne klingen nicht, bleiben undeutlich. Schlußnus' Gesang kontrastiert seltsam beruhigend zu Rupps technischem Schmiss.

Danach von dem Liederabend einer Leipziger Dame zu schreiben, in Vornotizen und Kritikauszügen "vorzügliche Ullstein" genannt, fällt schwer. O wie bist du bitter. Lassen wir den Namen weg, denn am Schluß war auch das Stimmchen ganz weg, nachdem es vorher tremoliert, fassis intoniert, höchst unrein ... kurz so gefungen hatte, wie man es in einem öffentlichen Konzert in Leipzig nicht für möglich gehalten hätte. Der Fall wird erschwert, weil drei Leipziger Komponisten selber ihre Lieder begleiteten. Wie wollen denn die Herren als Musiker ernst genommen werden, wenn sie solchen Gesang im Kaufhaus bestreiten? Sie hätten doch bei der ersten Probe sagen müssen: "Nein, Ma'am, Sie können nicht singen. Mit mir wenigstens nicht." Es scheint, als ob die Sucht, ihre Lieder auszuführen zu sehen, ihnen was ins Ohr gegossen gehabt hätte. Um diese Lieder lohnt es im übrigen kaum und sonders nicht. Das ging noch alten Weisen, im Brahmsston, im Boltston, im neuklassischen Beethoven, im Volkston. Das Schlittschuh-Dehmels gewöhnliches Revolutionslied: "Mühle, Mühle, mahl!" Allz kennen es. Hier drehte einer eine Liederei dazu, als handle sich's um eine Kaffeemühle beim Feierabendläuten. Wenn sich die Komponisten so über den Raum täuschen, der ihr Notenkreieren begleitet, kein Wunder, wenn die Sängerin das alte Kämmerleinträumen mit dem Konzertgesang verwechselt.

Zwei Künstler retteten den Abend vor der Nichtigkeit: Otto Weinreich und Paul Verbeek, die, trefflich aufeinander eingestellt, farbig abgetönt, mit Delikatesse und gegliederten Steigerungen auf zwei Klaviertaten Kammervariations von H. Unger und eine irische Impression von Arnold Bax zum erstenmal spielten. Konventionelle Werke beide, aber fundiert, gekonnt und zwischen den Liedern als Wohlthat wirkend. H. W.

herrschende Klasse Amerikas führt, beweist die Tatsache, daß die Regierung auf die Warnungen nicht reagierte.

Die einzige Antwort der Regierung war das Aufrufen aller verfügbaren militärischen und polizeilichen Kräfte. Die Vereinigten Staaten schienen in ein Kriegslager verwandelt zu sein. Regierungsgebäude und Gefängnisse, Eisenbahnen und Banken, Gerichtsgebäude und Wohnhäuser der in der Demokratie stehenden Personen — alles wurde von starken Polizeiaufgaben bewacht. Die Polizei besetzte und verhaftete bekannte Radikale. In verschiedenen Städten verbot man öffentliche Versammlungen, zum Beispiel in Boston eine friedliche Kundgebung auf dem historischen Gemeindegrund.

Die New Yorker Polizei gestattete keine Demonstration. Verschiedene spontane Umzüge in den Arbeitervierteln wurden von der Polizei mit brutaler Gewalt auseinandergepreßt. Die wenigen im Freien erlaubten Versammlungen umringte eine mehrfache Polizeikette, hinter der in Reih und Glied Maschinengewehre standen. Auf den Dächern postierte man Polizei, die Bomben enthielten, gefunden". In Utica, in der Nähe von Newport, wurden zwei Gebäude demoliert. Presse und Polizei sahen darin sofort einen "Schacht für Sacco und Vanzetti". Am nächsten Tag wurde bekannt, daß die Behörden selbst diese Explosionen herbeigeführt hatten, um die Verbesserungsumme betrügerischerweise einzufästern. Ein anderes "Bombenattentat" entpuppte sich als Explosion einer geheimen Schnapsbrennerei.

Vergebliche Unterstüngungen

Am 4. August legte Rechtsanwalt William G. Thompson die Verteidigung nieder. In einer Erklärung griff er den Gouverneur und das Beratende Komitee wegen ihrer Inquisitionsmethoden auf das heftigste an. Er wies auf die unerhörte Behandlung der Entlastungzeugen hin. Die Erklärung rief den Stempel tiefer und schmerzlicher Enttäuschung. Bisher hatte er an die Unparteilichkeit der amerikanischen Behörden geglaubt und konnte jetzt seine Ent-

täuschung nicht überwinden. Arthur D. Hill übernahm gemeinsam mit Michael A. Musmanno, einem jungen italienischen Rechtsanwalt, die Verteidigung. Sie leiteten die Jagd durch die Instanzen fort. Dieser juristische Kampf nahm geradezu dramatische Formen an: Wilde Nachfahrt nach entfernten Orten, wo Richter angenehme Urlaubstage verbrachten, plötzliche Reisen nach Washington, ein Wettkampf mit Zeit und Henker.

Es war ein hoffnungsloses Vermögen. Jeder war sich dessen bewußt. Die angstvoll wartenden Millionen verfolgten jeden neuen Schritt der Verteidigung. Beschwerden und Anträge wurden ohne Hoffnung auf Erfolg gestellt — und abgelehnt. Der Mechanismus der Gelehrtenmaschine war stark wie der Tod.

Der Richter des höchsten Gerichtshofes lehnte sowohl einen Antrag auf "Habeas Corpus", wie den Aufschub der Hinrichtung ab. Ein weiterer Antrag, der sich gegen diese Ablehnung wandte, wurde nun an das Richterkollegium des höchsten Gerichts gestellt.



Heldenehrung und englische Soße

Wir wissen ja längst, daß die größte Zahl der im Weltkriege Gefallenen nicht Helden sind, die für eine Idee begeistert starben, sondern abgeschlachtete Opfer eines zwingenden Gefechtsbefehls. Das Bürgertum ist nicht unserer Meinung und regt sich auf, wenn wir diese läugnerische Heldenehrung nicht mitmachen, sondern in den gemordeten Opfern die stärkste Mahnung sehen wollen, künftig den Wahnsinn des Krieges zu unterlassen. Weil das Bürgertum den Krieg braucht, will es auch die Komödie der verlogenen Heldenehrung aufrechterhalten, weil diese Heldenehrung geeignet ist, die Begriffe über den Kriegswahnsinn zu verwirren. Manchmal enttarnt dieses Bürgertum seine „Heldenehrung“ selbst recht häßlich und beweist uns klar, daß sie von ihrer Heiligkeit selbst nichts hält. Man erfüllt damit nur etwas, was sich nach bürgerlichen Schäßlichkeit begriffen gehört. Zu das geschehen, lämmert man sich nicht mehr darum. Diese Sorte Heldenehrung ist eben eine gesellschaftliche und ziemlich dankenswerte Angelegenheit der Lebenden und hat darum keinen Wert als Erinnerung der gemordeten Toten.

Im Leipziger Ratskeller glaubte der Ratskellermärt es seinem bürgerlichen Gefühl für das, was sich gehört, schuldig zu sein, für seine im Weltkriege gemordeten Angestellten eine Ehrentafel anbringen zu müssen. „Den Heldennd für das Vaterland starben.“ Dann folgt eine lange Liste der Gefallenen. Daß diese Heldenehrung, wie so viele andere, nichts ist als eine Legitimation für gut bürgerliche Gesinnung, beweist die Art ihrer Offenbarung. Neben der Theke liegt sie mit dem Kopfe hinter einem Kreuznitztheke hervor. Brotsäcke, Messerläbore, Sennköpfe und eine Flasche mit englischer Soße verdecken die Namen der toten Opfer. Um sie her steht das Geschrei: Ein Schoppen rot, ein Müsselfleisch, eine Flasche Beaujolais! Wenn die am Massengrab haualden ehemaligen „Ober“ des Ratskellers noch wahrnehmungsfähig wären, könnten sie sich vielleicht freuen, daß dieselben Elammpäste, denen sie einst die vollen Karaffen mit ergebenem „Bitte sehr!“ auf den Tisch stellten, sich heute immer noch befinden. Neben der Heldenehrungstafel. Aber viel wahrscheinlicher würden sie der saufenden Blaue ihren Protest gegen diese verlogene, gefülllose Heldenehrung ins Gesicht schreien, daß denen die Lust zum Saufen im Angesicht der toten „Helden“ verginge. Sie würden auf das geehrte Heldenamt pfeifen und lieber lebende „Ober“ als tote Helden sein, die in der Nachbarschaft englischer Soße geehrt werden. Die lebenden Ober aber, die heute die saufenden Kriegsfreunde bedienen müssen, werden manchmal mit Ingriem feststellen, wie nahe beieinander noch immer der Suff, die Kriegsbegeisterung und die Heldenverehrung wohnen. Der patriotische Guss und die Kriegsbegeisterung allerdings mögen sich nach wie vor an den lässig beschleierten Tischen brei, während die Heldenverehrung aus Platzmangel hinter den Kreuznitztischen ruhen mußte. Aber sie ist wenigstens da, und damit ist dem bürgerlichen Arztstandsgesühl Genüge geschehen. Vielleicht hat sie sich nur deshalb hinter die englische Soße versteckt, weil sie sich ihrer Verlegenheit allzusehr bewußt wurde.

Novis.

Was sich ein Elternrat bieten lassen muß

Bei der Schulenlassungsschule der 14. Volksschule, dem Dorado des Erfinders der berühmten „versunkenen“ Volksschule des Herrn Hillmann, hielt der Schulleiter Mehner die Festrede, deren Niveau sich nicht über die üblichen Banalitäten alten Stils erhob, wie wir früher bei Kaisers Geburtstagsfeier hören mußten.

Als darauf der Vorsitzende des Elternrates so, wie das sonst an allen auch nur etwas modernen Schulen der Fall ist, seinerseits den ausscheidenden Jugendlichen ein paar Worte widmen wollte, lehnte es der Schulleiter diplomatisch ab, ihm die Erlaubnis zum Reden zu geben. Er berief sich dabei auf einen angeblichen Beschluss der Lehrerschaft. Der Elternrat war keinesfalls gewillt, sich diese Brücke zu gefallen zu lassen, zumal der Schulleiter den Vorsitzenden des Elternrates angeföhrt der Versammlung wie einen der Begehrungen nicht werten Schulungen halte stehen lassen. Es wurde eine Elternversammlung einberufen und die Schulleitung sowie die Lehrer dazu eingeladen. Der Schulleiter erklärte dabei vor Einsicht in die Tagesordnung, daß er und die Lehrerschaft die Versammlung verlassen würden; so hätten sie beschlossen, weil die Kommunizate bei der Enlassungsschule zur Sprache kommen sollten. Das taten sie dann auch.

Der Elternrat tagte ruhig weiter. Die Lehrerschaft der 14. Lassung ihres Schulleiters. Glücklicherweise sind nur wenige Leipziger Volksschule es durchaus nicht einstimmig der reaktionären Aufzüger Lehrerkollegium überhaupt so zufrieden in ihrer Siedlung zum Elternrat wie das dieser Schule. Die Eltern sind keineswegs gewillt, den Kampf aufzugeben. Sie werden im Gegenteil in Zukunft die Schuleaktion innerhalb der Schule um so energetischer bekämpfen, je mehr sich vorzügliche Beamte gegen einen „Eingriff in ihre Machtspur“ wehren werden.

Zent-Probeschreiben

1. Auf Veranlassung des Deutschen Stenographenbundes veranstaltet am Dienstag, dem 24. April, 1928 bis 20 Uhr, die „Deutsche Welle“ ein Probeschreiben für Kurzschrift, das von den anderen Sendern übernommen worden ist.

2. Diktat wird in gleichbleibender Schnelligkeit von 150 Silben 10 Minuten lang.

3. Wer sich daran beteiligt und eine Bescheinigung darüber wünscht, hat an Prof. Dr. Am sel., Berlin-Lichtenfelde, Thielstr. 12, einzutragen:

- a) das Originalstenogramm;
- b) die Uebertragung in Langschrift mit breitem Korrekturrand. An der Spitze des Bogens mit der Uebertragung muß stehen der Wohnort, der Name, die Anschrift und die etwaige Ver einszugehörigkeit des Absenten;
- c) folgende Erklärung: „Ich versichere ehrenwörtlich, daß ich das Diktat selbstständig aufgenommen und ohne jede fremde Hilfe übertragen habe.“ Unterschrift;
- d) ein Freimarschtag für die Zustellung der Bescheinigung und der durchgehenden Arbeit. Auf genügende Frankierung ist zu achten. Meist wird eine 20-Pfg.-Marke nötig sein. Mit Strafporto belastete Sendungen werden nicht angenommen.

Die Pfeffersäcke im Gewandhaus

Das unter dem Namen „Gewandhaus“ bezeichnete Konzerthaus, dessen Monumentalorgane lange Zeit nur den gutbürgerlichen, zahlungsfähigen Kreisen zur Verfügung standen, und in das dann auch die Arbeiterschaft einzehen konnte, führt seinen Namen eigentlich zu Unrecht. Denn dort ist immer nur Musik gemacht worden, keine Gewänder.

Das wirkliche Gewandhaus, das diesen Namen mit mehr Recht trug, ist das heilige Kaufhaus. Das war das Haus der Tuchmacher und Gewandschneider, in dem die Tuchhändler ihre Waren zur Zeit der Messen zum Verkauf auslegten. Es hätte seinen Namen heute noch behalten können, was sinnvoller wäre, während das heilige Gewandhaus eben nur Konzerthaus ist und auch so heißen könnte.

Das im Gewandgäßchen von 1477–82 erbaute Gewandhaus reichte durch das Wachstum der Messen nicht mehr aus, und der Rat baute deshalb in der Universitätsstraße 1498 einen Flügel an, der Zeughaus genannt wurde, weil im Erdgeschoss lange Zeit die Waffenräte der Stadt lagernd. Im ersten Stock war dann die Ratsbibliothek, jetzt die Stadtbibliothek, untergebracht, die seit 1711 für das Publikum geöffnet ist. Einen Konzertsaal gab es im alten Gewandhaus erst viel später.

In dem alten Gewandhaus aber lagerten einst die Überreste eines Welthandelsunternehmens, das ein schmähliches Buchergeld einbringen sollte, aber mit einer schauderhaften Pleite endete. Dahinter steckte der Kurfürst von Sachsen. Er mache in Pfeffer.

Mit diesem kostbaren Gewürz Indiens, diesem seltenen Artikel zu handeln, bedeutete damals mehr, als wenn heute eine GmbH das Monopol zur Einführung ausgerechnet von Bananen hätte. Denn damals war das Risiko unglaublich. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, was der heutige Kapitalismus für Hilfsmittel durch den modernen Verkehr hat.

Die Absicht des Kurfürsten war, den ganzen Pfefferhandel in seine Hand zu bringen. Eine willkommene Ausbeutungsmöglichkeit schon vorhandener Verbindungen bot sich durch ein Mitglied des geheimen Rates zu Augsburg, den Kaufmann Konrad Roth. Er hatte für den Hof in Dresden schon gelegentlich allerlei Gewürze und ausländische Früchte geliefert, hatte in Lissabon große Niederlassungen, und der portugiesische König gewährte ihm allein in Europa das Vorrecht für den Handel mit Indien. Besonders für Pfeffer.

Roth war in der Frage nach Abhangsgebieten in der Haupstadt auf die Wasserwege als natürliche Verkehrsstraßen angewiesen. Die Elbe, die von Hamburg aus viele Städte berührte, führte auch durch das Kurfürstentum Sachsen. Anfangs hatte Roth die Stadt Torgau als Mittelpunkt des Pfefferhandels, eben weil sie an der Elbe lag, in Aussicht genommen. So war er mit dem Kurfürsten näher bekanntgeworden. Er mußte nach Dresden kommen, und dort wurde ein Pfeffervertrag abgeschlossen.

Vor allem wollte man durch Aufzüge den Pfefferpreis steigern, und da diese läbliche Absicht von vornehmen feststand, wurde der Name des Kurfürsten in dem Vertrage nicht genannt. Seine kurfürstlichen Gnaden mußten vor der übeln Nachrede gewisser Spekulation bewahrt bleiben. Unter dem harmlosen Titel: „Thüringische Handelsgesellschaft“ (das Schleben verhindert man damals schon nicht in solchen Verträgen) legten die Großverdiener ihren Vertrag fest.

Stadt Torgau wurde die größere und lebhafteste Handelsstadt Leipzigs als Mittelpunkt für den Pfefferhandel ausgewählt, und Roth war schon jährlich 8000 Taler nach Leipzig zu liefern (portugiesische Rent zu je 110 Pfund). Eine Schreibstube wurde in Leipzig gemietet, und für die Söde mit Pfeffer das Gewölbe des Gewandhauses. Auch die Herren Pfeffersäcke des Leipziger Rates ließen so, als erwarten sie ein großes Geschäft und manthen in der Pleißenburg einige Gewölbe frei. In Wirklichkeit war der Rat vorsichtig und wollte nie so recht mitmachen: Ein solcher Vorrat würde nur unter großen Schwierigkeiten von Leipzig aus verkauft werden können, und dann könnte sich auch eine nicht geringe Feind-

schaft anderer Handelsstädte, besonders der oberdeutschen, bemerkbar machen. In Nürnberg und Frankfurt sahen ja auch ausgesetzte Pfeffersäcke und schwere Kochmichs, denen an Zoll und Handel viel abging. Roth spricht selbst in einem Briefe von dem „großen Hass und Neid, den die von Nürnberg und Frankfurt wegen unserer Compagnie tragen“. Daß diese Gegner nicht unätig waren, zeigte sich darin, daß die an Roth gerichteten Briefe verspätet und immer seliner eintrafen, weshalb der Kurfürst zeitende Posten einrichten wollte, was aber durch die Sabotage der Konkurrenz nicht zu stande kam.

Berlockend war der Gewinn ja: Wenn das Pfund Pfeffer in Leipzig 9 Groschen kostete (in Nürnberg 10 Gr.), und um den einen Groschen erhöht wurde, so mußten 8000 Taler jährlich einen Reingewinn von 38 000 Gulden bringen. Die Gewinne konnten ins ungemeinste wachsen, wenn das Pfund auf 15 Groschen — wie durch Aufzüge beabsichtigt — gesteigert wurde. Roth hatte für 14 000 Taler 67 000 Gulden, dann einen Vorschub von 40 000 und später noch 63 000 Gulden erhalten. Von der Thüringischen Gesellschaft verlangte er noch 150 000 Gulden, um weitere Aufzüge zu machen, und damit zum Preisdictat zu kommen.

Der Kurfürst wollte nicht mehr allein auf den schweren Pfeffer bezahlen, ungerednet der vielen Pfeffertonnen, die er auf den kommenden Gewinn hin schon geschlachtet hatte. Er suchte noch einmal die Leipziger herumzuküren, damit die auch den richtigen Geschmack auf die Jungs beladen.

Doch das Unglück schreitet schnell, und der liebe Gott wollte nicht, daß die Leipziger auch noch ihr gutes Geld außer Landes schafften, und nachher nicht wachten, wie sie es wieder hereinkriegen. Zwischen Spanien und den Niederlanden gab es Krieg, und die Schiffe waren noch weniger sicher als vorher. Roth war in Wechseln schuldeten geraten. Von den Gläubigern wurden die Vorräte in Antwerpen und in andern Städten beschlagnahmt, und in Leipzig hatte man kaum noch Platz für die Pfeffersäcke; denn der Pfeffer verkaufte sich nicht in solchen Mengen. Er ging einfach nicht ab. So stand die Situation Anfang April 1588.

Am 18. April war Roth plötzlich gestorben. Man grub auf Gerüchte hin seine Leiche wieder aus und fand, daß er an Gift gestorben sei. Eine andere Version wollte wissen, daß er sich spanisch drückte und sich totmelde, weil ihm das Bezahlen seiner Schulden leid tat. 1605 soll er erst gestorben sein. Der König von Portugal starb auch, und Portugal fiel an Spanien. Und bis dahin reichte der Pfeffervertrag nicht. Der Kurfürst von Sachsen hatte nicht weniger als 283 000 Gulden seiner Untertanen verpfändet. Denn was nützten ihm die Vorräte an Pfeffersäcken im Gewandhause, wenn das Geld drin steckte.

Da standen sie, die Pfeffersäcke, und klaglien ihn der wucherischen Gewinnsucht an, standen in Reich und Glied, aus festem Drell gearbeitet, dick und prall, geteilt in sortierte und unsortierte Säcke. Klaglien ihn als stumme Zeugen einer Spekulationswut an, die mit den Schäften, die die Natur verschwendet hervorbringt, ihr egoistischen Spiel treibt.

Und doch der Schlüsselstein in der so modern-kapitalistisch anmutenden Tragikomödie nicht fehlt: nur das mangelfaule Verkehrswofen hatte ja den Erfolg zum Teil verhindert, traten jetzt die von Nürnberg und Augsburg, die Fugger und Waller, hervor. Sie hätten schon lange im Hintergrund gesäuert. Nun lauften sie die ganze Thüringische Handelsgesellschaft für einen niedrigen Preis auf. So wurden sie reich — indem immer einer den anderen austauschte. So entstanden die großen Vermögen, und damit die „Pfeffersäcke“, als die man die Besten großer Vermögen drastisch bezeichnete.

Der Altvater, der uns von diesen Ereignissen trennt, zeigt die ganz veränderte Situation, doch dem heutigen Kapitalismus bereits eine moderne Arbeitersbewegung gegenübersteht, die in gewaltigen Kämpfen errungen hat, was damals in solchem Ausmaß undenkbar, ja unfahbar erschienen wäre.

Das System, nach dem geschrieben wird, ist auf dem Umschlag anzugeben.

4. Die Absendung muß spätestens an dem auf das Dictat folgenden Tage, dem 25., geschehen. Das muß aus dem Poststempel hervorgehen. Später eingehende Sendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

5. Es ist zulässig, daß mehrere Personen, z. B. die Mitglieder eines Vereins, ihre Arbeiten zusammen einschicken.

6. Die Durchsicht der in Einheitsforschung oder in gabessbergerischer Stenographie eingehenden Arbeiten übernimmt der Deutsche Stenographenbund, der damit den Bund Groß-Berlin für E.-K. beauftragt hat. Die Arbeiten nach anderen Systemen werden den betreffenden Organisationen zur Durchsicht zugestellt.

Briefe von Untersuchungsgesangenen

Jedem Verhafteten ist natürlich Gelegenheit zu geben, Angehörige und andere Personen von seiner Verhaftung zu benachrichtigen. Dabei darf aber der Zweck der Untersuchung nicht gefährdet werden, so daß auch die Benachrichtigung von Amts wegen erfolgen kann. Der Schreibbedarf wird vom Gefängnis geliefert; es kann auch eigenes Briefpapier benutzt werden. Schreibkundige Gefangene können sich der Hilfe eines Beamten bedienen. Der Umstand allein, daß ein Untersuchungsgesangener nicht in deutscher Sprache schreiben kann, darf in keinem Falle zu einer Unterbindung des schriftlichen Verkehrs des Gefangenen führen; zum Zwecke der Briefdurchsicht macht sich in solchem Falle eine Übersetzung erforderlich.

Das System, nach dem geschrieben wird, ist auf dem Umschlag anzugeben.

5. Es ist zulässig, daß mehrere Personen, z. B. die Mitglieder eines Vereins, ihre Arbeiten zusammen einschicken.

6. Die Durchsicht der in Einheitsforschung oder in gabessbergerischer Stenographie eingehenden Arbeiten übernimmt der Deutsche Stenographenbund, der damit den Bund Groß-Berlin für E.-K. beauftragt hat. Die Arbeiten nach anderen Systemen werden den betreffenden Organisationen zur Durchsicht zugestellt.

Für abzusendende Briefe erhält der Untersuchungsgesangene einen besonderen höheren Umschlag, der zur Überleitung an den prüfenden Beamten bestimmt ist. Der Untersuchungsgesangene legt seinen Brief offen in diesen Umschlag, der von ihm verschlossen und darauf an den Prüfungsbeamten weitergeleitet wird. Wenn der Brief nicht beanstandet wird, macht das Gericht ihn positiv und gibt ihn zur Post.

Eingehende Briefe werden uneröffnet in einem größeren Umschlag, der zunächst unverschlossen bleibt, dem Richter vorgelegt. Der Untersuchungsgesangene muß befragt werden, ob er der Offenlegung des Briefes zustimmt. Bejahendesfalls öffnet der Richter den Brief, legt ihn, falls nichts zu beanstanden ist, in den äußeren Umschlag und überendet diesen verschlossen ans Gefängnis. Dieser Umschlag wird von dem mit der Aushändigung betrauten Gefängnisbeamten in Gegenwart des Untersuchungsgesangenen geöffnet und der Brief dem Gefangenen übergeben, ohne daß der Gefangene beim von dem Inhalt Kenntnis nimmt. Widerspricht ein Untersuchungsgesangener der Offenlegung eines Briefes, so wird über die Beschlagnahme des Briefes Entschließung gefaßt; andernfalls bleibt der Brief uneröffnet bis zur Entlassung des Gefangenen liegen.

Schriftlicher Verkehr mit dem Verteidiger ist gestattet. Unvermögenden Untersuchungsgesangenen werden die Kosten des Schriftwechsels aus Gefängnismitteln vorgeschoßen.

Merkwürdige Wohnungsvermittlung

Im November 1927 suchte einer der zahlreichen Leipziger Wohnunglosen durch Inserierung eine kleine, beschlagnahmefreie Wohnung oder entsprechende leere Räume in Untermiete. Unter den vielen sich meldenden Vermittlern befand sich der Stadtbaumeister a. D. Troll. Der Titel „Stadtbauamtsleiter“ wirkte auf den Wohnungssuchenden vertrauenerweisend. Ein Stadtbaumeister müsse doch gute Beziehungen im Wohnungswesen bestehen. Aber der Wohnungslöse war infolge schmerzlicher Enttäuschungen und Erfahrungen bei der Wohnungssuche doch so mißtrauisch geworden, daß er vorsichtshalber in Begleitung eines Freunden zu Troll ging. Am 25. November 1927 betraten die beiden die Wohnung bzw. das Bureau Trolls zum ersten Male. Wenig anheimelnd prangte an der Wand ein Schild, auf dem Herr Troll in großen Buchstaben die Aufforderung hatte drucken lassen, daß „Konsultationen bis zur Dauer einer halben Stunde 3 Mark“ kosteten, und daß er für Beratungen längerer Dauer 6 Mt. fordere. Ja, Zeit ist Geld und ein Stadtbaumeister a. D. glaubt schon, auf den siebenfachen Lohn eines Metallarbeiters Anspruch zu haben.

Was leistete der Mann für diesen Lohn? Zunächst eröffnete Herr Troll den beiden „Konsultierenden“, daß sie ihm sofort 15 Mt. zu berappen hätten, ehe er auch nur eine einzige Adresse mitteile.

Das Werk des Bürgerblocks

in Wort und Film

Einwohner Leipzigs!

Dienstag, den 24. April, 20 Uhr

im Volkshaus spricht Reichstagsabgeordneter Steinops, Berlin

Arbeiter, Arbeiterinnen, Beamte u. Angestellte!

Auf zum Kampf! Erhebt in Massen!

EWD Groß-Leipzig

Berufssoccerstandal in Wien

Vergangenen Sonntag war wieder ein ungeheuerer Fußball-Stand auf dem Simmeringer Sportplatz, während des Meisterschaftsspiels Admira gegen Simmering. Die Polizei muhte Verstärkung heranziehen, um den Sturm der fanatischen Menge abzuwehren. Alles nur deswegen, weil der Schiedsrichter angeblich eine Fehlentscheidung getroffen hatte. Die Arbeitersportler haben zu Ostern in Wien über 700 Spiele durchgeführt. Man hat nichts, auch auch nicht das geringste von einer Ausschreitung gehabt. Die Bürgerlichen haben nur einige Spiele gehabt, und der Standal war da. Es muss und wird immer wieder zum Standal kommen, denn der Professional-Sport ist an und für sich ein Standal. Wir müssen — schreibt der Arbeitersport für Sport und Körperpflege Österreichs — nur versuchen, die Arbeiterschaft vom Besuch solcher Spiele fernzuhalten und sie zu der Überzeugung bringen, daß es besser sei, selbst Sport zu treiben, als beim Sport zuschauen. Der Schiedsrichter in Simmering mußte sich in die Kabine flüchten und bekam dabei noch hässliche Püsse ab. Die Wache mußte den Platz räumen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. In den bürgerlichen Blättern wird nun auch über die Auswüchse geschimpft, und die prominenten Vertreter beginnen darüber nachzudenken, wie der Tiessstand des österreichischen Professional-Fußballspiels zu heben sei. Der österreichische Professional-Fußballsport ist schon so tief gesunken, daß er nicht mehr zu heben ist.

In Deutschland kost gegenwärtig im bürgerlichen Fußballdrama ein schwerer Kampf um die Einführung des Berufssoccer-Sportes. Es gelingt nach österreichischen Verhältnissen.

Die Städtemannschaft der Athleten

Am Sonntag, dem 22. April 1928, fanden im Vereinshaus Adler-Wahren, die Auscheidungskämpfe zur Städtemannschaft im Ringen, Hufen und Boxen statt. Im Ringen war die Beteiligung verhältnismäßig schwach. Nach abwechselnden Kämpfen erhielt sich folgende Zusammensetzung der Ringen-Mannschaft: Fliegengewicht: Schliemann, Eichenkratz 96, Bantamgewicht: Itiner, Eichenkratz 96, Fliegengewicht: Schönig, Eichenkratz 96, Leichtgewicht: Schiffner, Sandow 03, Leichtes Mittelgewicht: Linke, Adler-Wahren, Schweres Mittelgewicht: Hepler, Adler-Wahren, Schwergewicht: Röhrer, Sossia. Die Boxkämpfe nahmen ihren regulären Verlauf und zeigten die guten Fortschritte der Sparte. So konnten sich nach technisch schönen Kämpfen die folgenden Besten für die erste Städtemannschaft qualifizieren: Fliegengewicht: Hofmann, Jugendkraft, Fliegengewicht: Krause, Sandow 03, Bantamgewicht: Kunze, Sandow 03, Federwemicht: Recht, Jugendkraft, Leichtgewicht: Kreidemeyer, Jugendkraft, Schwergewicht: Thierbach, Jugendkraft.

Die Bekanntgabe der Städtemannschaft im Heben wird noch besamtgegeben.

Finnland unterstützt den Arbeitersport

Das Bildungsministerium Finlands hat nunmehr aus dem diesjährigen Budgetvorschlag des Turn- und Sportausschusses die Summe von 800 000 finnischen Mark zur Unterstützung der sporttreibenden Organisationen zur Verfügung gestellt. Die Unterstützung für den Arbeiter-Sportbund ist die gleiche wie im Vorjahr, nämlich 250 000 Mark. Der bürgerliche Turn- und Sportbund erhält 300 000 und die übrigen 16 Körperfakturorganisationen den Rest. Es ist wieder so, daß der bürgerliche Turn- und Sportbund (SVU), wie auch andere bürgerliche Organisationen, die sich auf einzelne Sportarten beschränken, vorgezogen werden und unter sich ganz beachtliche Summen teilen. Der Arbeiter-Sportbund, in dem alle Sportarten betrieben werden, fühlt ernst die Ungerechtigkeit der bürgerlichen Herrscher.



Bezirkstreffen des Reichsbanners

Gewissmachern als Auftakt zum Wahlkampf war das Bezirkstreffen des Reichsbanners am 22. April 1928 in Strehla gedacht. Bereits am 21. April 1928 fand in Riesa ein Werbeabend statt, an dem die Leipziger Reichsbannerkapelle mitwirkte und der durchaus eindrucksvoll verlief. Die Festrede des Abends, die besonders auf die Bedeutung der kommenden Wahlen abgestellt war, hielt Genosse Stephan Leipzig. In Strehla war am Sonntagvormittag auf dem Friedhofe Totenehrung. Genosse Pfugl, Leipzig, gedachte in seiner Rede dabei zunächst der Marzgefallenen des Jahres 18, sodann der Toten unserer Tage: Nathenau, Erzberger und Ebert, und schließlich vor allem der vielen Toten aller kriegerführenden Länder, die für den Kriegswahn ihres Lebens lassen mußten. Die ernste Mahnung: "Wie wieder Krieg!" muß aus dem Gedanken dieser Toten folgen. — Am Grabe der Kriegsgefallenen wurde sodann ein Kranz mit schwarztogdener Schleife niedergelegt. An der Feier beteiligten sich viele Einwohner Strehla.

Am 22. April 1928, vormittag, fand weiter in Strehla ein Plakatkoncert der Reichsbannerkapelle statt. Zwischenwaren waren die Angehörigen des Reichsbanners aus allen angrenzenden Bezirken per Eisenbahn, LKW, Motorrad und Fahrrad unterwegs nach Strehla. Die Kameraden, die mit Laptops von Leipzig und Eilenburg fuhren, machten in Dahlen und in Mügeln halt und veranstalteten in diesen beiden Orten eine Wahlkundgebung.

In Strehla formierte sich am Nachmittag der Festzug, der vor der Schule aufmarschierte. Der Vorsitzende der Ortsgruppe begrüßte die Gäste und machte bekannt, daß das Stadtoboberhaupt, Herr Bürgermeister Reinhardt, entgegen seiner Verpflichtung nicht zur Begrüßung erschien sei. Im Namen der Stadtverordnetenfraktion und der Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei sprach sodann Genosse Klemm und betonte, daß die feierliche und verlässliche Stütze der Republik immer noch die in der SBD organisierte Arbeiterschaft sei. Die Festrede hielt Gen. Pfugl. "Einigkeit und Recht und Freiheit" war der Leitgedanke seiner eindrucksvollen Ausführungen. Einigkeit — darunter ist natürlich der verwischte Volksgemeinschaftsgedanke zu verstehen, der ein Umding ist innerhalb einer lampendurchstrahlten Klassegesellschaft; die Staatsinheit, Aufhören des Staatsstaates, ist es, die wir in Deutschland erwarten. Wir fordern ein Recht, das vom Volke verstanden und gebilligt wird, keine Kloppenjustiz; und wir fordern Freiheit des politischen Lebens, wie sie gerade durch das Reichsschulgesetz und durch das Rollenverbot vom Bürgerblock auf das schwerste bedroht ist. Schließlich arbeiten wir energisch für Befriedung der Welt, für Völkerverständigung. In diesem Sinne meinte der Redner die Jungbannfahne Eilenburg. Mit einer ernsten Mahnung, bei den kommenden Wahlen auf dem Posten zu sein, schloß er mit einem Hoch auf die Republik.

Die auswärtigen Kameraden blieben in großer Zahl noch bis zum Abend in Strehla. Die Motorradfahrer von Leipzig fuhren bereits am Nachmittag ab, um die Eilenburger Kameraden nach Eilenburg zu begleiten. Unterwegs ereignete sich auf der Staatsstraße vor Oschatz ein kleiner Zwischenfall. Drei Nationalsozialisten hatten sich ancheinend über die Wimpel der Motorräder geärgert; und einer von ihnen, der Kaufmann Erich Wehner, Dresden, Schönauer Straße 18, versuchte, dem Fahrer des leichten Rades einen kleinen Wind zu geben*, wie er sagte; es sprang von der Seite her in das Rad hinein, traf aber nur noch den Sojus. Die Sache hätte leicht gefährlicher auslaufen können: glücklicherweise paßte aber nichts. Die Kameraden der Motorradabteilung beschließen gegenüber den provozierend einfalligen Reden dieses

Hakenkreuzlers die Ruhe und beschränkten sich darauf, ihn um Aufgabe seines Namens zu bitten; das Weiteres wird er von anderer Seite hören.

Wieder eine Verschmelzung geplant

Holzhausen und Zudelhausen wollen sich vereinigen. Wenn heute die im Südosten der Amtshauptmannschaft Leipzig gelegenen Gemeinden Zudelhausen und Holzhausen noch nicht verschmolzen sind, obwohl sie in vielen Dingen eine Einheit bilden, so ist das im wesentlichen auf die stark ausgeprägte Kirchurmspolitik zurückzuführen, die die bürgerlichen Gemeindeverordnetenfraktionen beider Parlemente bisher getrieben haben. Die Vertreter der Arbeiterschaft, insbesondere die der Sozialdemokratie im Gemeindeparlament von Zudelhausen und auch von Holzhausen, dachten von jeher fortschrittlicher als jene Kreise, die vermöge ihres großen Geldbesitzes oder ihrer höheren Schulbildung die Funktion eines Gemeindeverordneten ausüben oder noch ausüben. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter beider Orte erkannten, daß es von Vorteil für die Einwohnerschaft sein muß und sicher einer Einvernehmen, vor allem aber einer Verbilligung der Gemeindeverwaltung gleichkommt, wenn sich beide Gemeinden verschmelzen. Und wenn unlängst von der Amtshauptmannschaft Leipzig in ähnlicher Richtung allgemein verlaubt wurde, daß die Frage der Verschmelzung von Gemeinden geprüft werden sollte, so wäre nur zu wünschen gewesen, die Amtshauptmannschaft hätte diesen ihren Wunsch den bürgerlichen Gemeindevertretern von Zudelhausen und Holzhausen höchst persönlich unterbreitet, damit diese Herrschaften nicht etwa dasselbe Theater aufführen, wie der Zwenkauer Bürgerbund unter Führung des Bezirksausschusshilfeschauspieler anlässlich der Zusammenlegung von Kochsbar und Innis mit Innis.

Nach der ersten gemeinsamen Sitzung, die vor kurzem die Gemeindevertreter beider Orte unter Vorsitz des Genossen Zinn abhielten, könnte man fast zu einer solchen Befürchtung kommen. Für die Bürgerlichen unter Führung der Herren Seehan und Grinner spielt es eben keine Rolle, daß man gegenwärtig Holzhausen-Zudelhausen als eine Bahnstation kennt. Für die an Kurzichtigkeit nicht zu übertreffenden bürgerlichen Kommunalpolitiker von Zudelhausen und Holzhausen ist bei Behandlung der Frage auch nicht von Bedeutung, daß beide Gemeinden einen Schulverband bilden und über ein Standesamt verfügen. Es fällt für die Vertreter der Bürgerlichen auch nicht ins Gewicht, daß für beide Gemeinden eine Krankenversicherung sowie eine Gebannei zuständig ist. Die bürgerlichen Gemeindevertreter haben auch kein Verständnis in der fraglichen gemeinsamen Sitzung dafür gezeigt, daß man in der Wohnungsbaufrage als größeres Gemeinwohl mit mehr Erfolg arbeiten kann.

Eines wußten die Herren Gegner der Zusammenlegung aber anzufliehen, nämlich kleinliche Bedenken, an den sie vorweg jede weitere Befähigungsmöglichkeit scheitern lassen wollten. Erstenslicherweise befanden sie sich aber in der Minderheit, als über einen von den Sozialdemokraten und Kommunisten eingerichteten Antrag entschieden wurde, der besagt, daß beide Gemeinden zur Frage der Verschmelzung die Genehmigung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Leipzig einholen und weiter ein lehrgärtlerischer Ausschuß für die Leistung der zur Verschmelzung nötigen Vorarbeiten eingesetzt wird. Mit 14 gegen 10 Stimmen wurde dem Antrag zugestimmt und damit der Weg zur Führung weiterer Verhandlungen geöffnet, die hoffentlich recht bald erfolgreich im Interesse der Einwohnerschaft von Zudelhausen und Holzhausen zu Ende geführt werden können.

Taucha. Von der Straßenbahn tödlich überfahren wurde der Sohn des Kellners Voßring, Heinrich-Helene-Straße wohnhaft. Dem Kind war, während der Wagen an der Haltestelle Reichsflansler hielt, der Ball unter den Wagen gefallen und es wollte ihn nun wiederholen. Der Führer hatte den Wagen erst beobachtet und fuhr, da die Bahn frei war, los. Erst durch Straßenposten wurde der Vorgang bemerkt. Der Wagen mußte erst durch die Feuerwehr gehoben werden, um das Kind zu bergen.

Über die vollkommene Ehe



hält der berühmte holländische Arzt van de Velde überall sensationelle Vorträge, und er weiß eine Menge guter Ratschläge und gediegener Rezepte zur Befriedigung in der Ehe und zur Herbeiführung eines vollkommen ehelichen Glücks im Zusammenleben zu geben. Ohne Zweifel ist es van de Velde damit gelungen, die Reize des Ehelebens caffiniert zu erhöhen. Nur eins vernachlässigte er in seinen Hunderten von Eheregeln, er versäumte es, auf die große Bedeutung hinzuweisen, die die richtige Wahl der von den Ehegatten gerauchten Zigaretten bei ihrem Eheglück besitzt.

Greiling-Auslese zu 5 Pfennig

ist diejenige Marke, die für die Harmonie unter Eheleuten die höchste Garantie bedeutet. Der gemeinsame Genuss dieser aus besten Orienttabaken zu höchster Qualität gemischten Zigarette verbürgt eine nie gekannte Einigkeit und Toleranz unter den Ehegatten. Zur wohltuenden Abwechslung greift man zu unserer Greiling-Schwarz-Weiß zu 4 Pfennig und Greiling-Juwel zu 6 Pfennig, man erlebt so in Duft und Aroma eine Abstimmung, die das Glück und den Frieden in der Ehe zur höchsten Annehmlichkeit zu steigern vermag.

Schmalenbach im Ruhrrevier

Vereins am 5. April 1928 schrieb die englische Zeitschrift The Colliery Guardian und Journal of the Coal and Iron Trades (Zeitschrift für Bergbau und Hüttenindustrie) daß die vom Reichswirtschaftsminister ernannte Kommission zur Untersuchung der Rentabilität im Ruhrbergbau die Lage in den dunkelsten Farben geschildert hat. Diese Kommission unter Führung des Professors Schmalenbach, hat die Verhältnisse noch ungünstiger geschildert, als die Werksbesitzer selbst. Die Kommission ist zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Besserung der Bergarbeiterlöhne und etwaige Arbeitszeitverkürzung ohne Erhöhung der Kohlenpreise nicht in Frage kommt.

Dass die Schmalenbachkommission sich von der englischen Zeitschrift dieses bescheinigen lassen muß, daß sie die Lage im Ruhrbergbau noch ungünstiger hingestellt hat, als die Zehnbesitzer selbst, kennzeichnet die ganze Situation. Der Bericht, den die Kommission vorgelegt hat, ist 150 Seiten stark. An Worten mangelt es wohl kaum nicht leuchtend gewesen sein, denn nicht weniger als 23 Schreibmaschinenseiten hat sie verwandt, um ihren Standpunkt zu begründen.

Zu den Abschreibungen wird im Bericht gesagt, daß das Reichswirtschaftsministerium mit einem Satz von 1,25 Pf. je Tonne abhängige Förderung gerechnet hat. Die Kommission hält diesen Satz für zu niedrig und berechnet nach Anhörung der Sachverständigen die Abschreibungen auf 1,74 Mark. Dieses Hinaufschrauben muß den Kommissionsmitgliedern nicht ohne Gewissensbisse vorstehen gegangen sein, da sie für ihre Begründung nicht weniger als 22 Schreibmaschinenseiten geopfert haben. Nach vielen Wenn und Aber stellte die Kommission folgende Kalkulation auf:

Das die Schmalenbachkommission sich von der englischen Zeitschrift dieses bescheinigen lassen muß, daß sie die Lage im Ruhrbergbau noch ungünstiger hingestellt hat, als die Zehnbesitzer selbst, kennzeichnet die ganze Situation. Der Bericht, den die Kommission vorgelegt hat, ist 150 Seiten stark. An Worten mangelt es wohl kaum nicht leuchtend gewesen sein, denn nicht weniger als 23 Schreibmaschinenseiten hat sie verwandt, um ihren Standpunkt zu begründen.

Es muß der Kommission selbst manches spanisch vorkommen sein. Zu der Kostenförderung wird folgendes bemerkt, es sei bekannt, daß außerdem gewisse Bedenken gegen die Art der Kostenförderung erhoben werden können. Insbesondere ist in der Kommission zur Sprache gekommen, eine wieviel bessere Einsicht gegeben würde, wenn neben der Kostenstellen-Darstellung auch eine sogenannte Kostenstellen-Darstellung vorhanden wäre.

Hinsichtlich der Lieferung der Kohlen an die eigenen Hütten und Kokerien wird darauf hingewiesen, daß hier Differenzen vorkommen können, daß aber diese Differenzen kein großes Ausmaß annehmen können. Über die Löhne wird folgendes gesagt: Die Löhne stellen den wichtigsten Kostenbestandteil in der Kohlenproduktion dar; sie machen annähernd die Hälfte der gesamten Kosten aus. Nehmen man Löhne, Gehälter und Sozialversicherung zusammen, so werden 50 Prozent der Kosten überschritten, selbst wenn man die Abschreibungen zurechnet. Anderseits darf man aber auch den Lohnbestandteil nicht übersehen, wie es häufig in der Deffensilität geschieht. 50 Prozent der Selbstkosten für Löhne bedeutet immerhin, daß noch 50 Prozent an Kosten anderer Art vorhanden sind. Die Kommission hat bei dem Studium der Selbstkostenverhältnisse einzelner Zechen festgestellt, daß Fälle, in denen trocken billiger Löhne doch keine besonders günstigen Selbstkosten vorhanden sind, vorkommen. Wenn beispielsweise ein Betrieb übermechanisiert ist, so mögen vielleicht die Löhne fallen, aber es gelingen dann die Reparaturkosten, Beamtenkosten usw. derartig, daß das Gesamtergebnis schlecht ist. Dies zu betonen, ist nicht ganz unrichtig, weil zuweilen der Schichtförderanteil gar zu ausdrücklich benutzt wird, um daraus die Ergebnißleistung eines Bergwerkes abzuschätzen. Es ist immer gut im Auge zu behalten, daß Löhne 50 Prozent, aber auch nur 50 Prozent ausmachen.

In den Gehältern im Ruhrbergbau sagt der Bericht folgendes: Wenn man die Zahl der kaufmännischen und technischen Beamten mit der Zahl von 1913 in den einzelnen Betrieben, soweit vorhanden, vergleicht, so zeigt sich ein wesentlich ungünstigeres Bild. Es bleibt der Umstand bestehen, daß die Zahl der Beamten, namentlich der kaufmännischen Beamten, weit größer ist als früher. Es liegt hier eine Kostenförderung, die einigermaßen bedauerlich ist und bei der man sich vielleicht überlegen könnte, ob nicht einige Ersparnisse möglich sind.

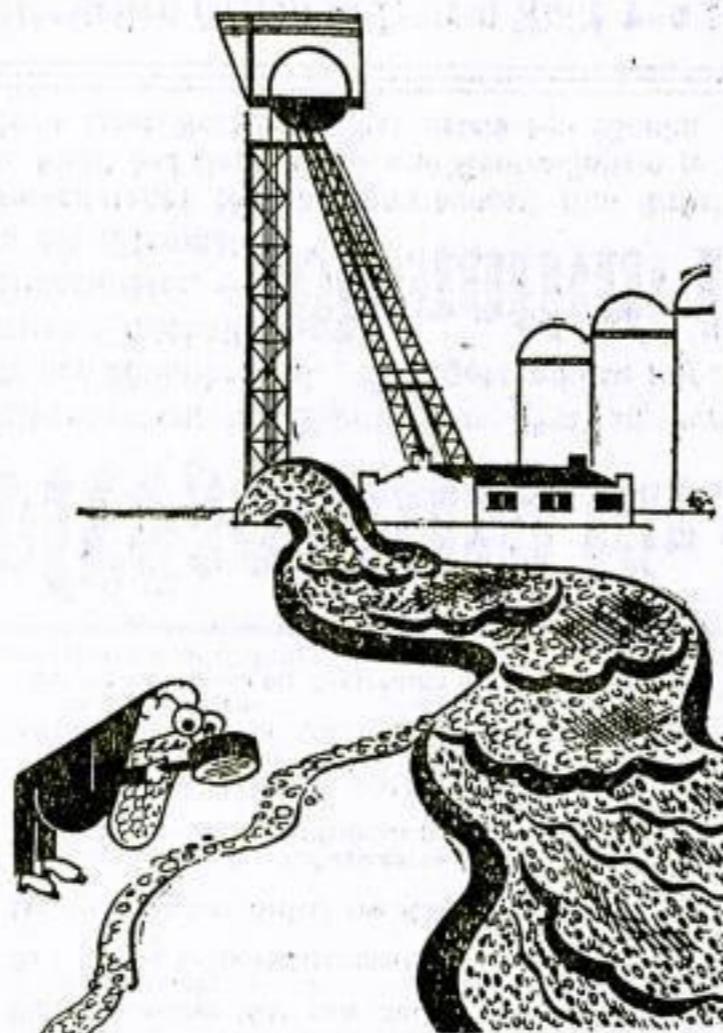
Eine besonders auffällig hohe Zahl kaufmännischer Beamten, weisen die preußisch staatlichen, jetzt in Gesellschaftsform betriebenen Bergbaubetriebe auf. Nach unserer Kenntnis entfällt dort auf 14 Arbeitnehmer ein Beamter.

Bei Beurteilung der Höhe der Bergbauschäden, ging die Kommission über den Satz hinaus, den früher das Reichswirtschaftsministerium in Antrag gebracht hat. Das Reichswirtschaftsministerium hat früher an Bergschäden 15 Pf. je Tonne in Ansatz gebracht. Die Kommission erhöhte den Satz auf 30 Pf. Hierzu wird im Bericht folgendes vermerkt: Die Kommission ist zu der Überzeugung gelommen, daß der Beitrag für Bergschäden auf 30 Pf. je Tonne gesetzt werden muß, obwohl die Sachverständigen, die die Kommission hierzu gehört hat, einen höheren Satz gefordert haben. Hierbei ist sie von den Sachverständigen für richtig gehaltenen Summen nicht gefolgt, sondern ist darunter geblieben. Die Kommission ist der Meinung, daß der Beitrag von 30 Pf. je Tonne angekommen sei. Von der Kommission geladenen Vertretern der Arbeiter haben im Gegenteil sogar den Satz von 15 Pf. nicht anerkannt und, ohne daß eine nähere Begründung gegeben wurde, 6-8 Pf. je Tonne für hinreichend gehalten. Das Mitglied der Kommission, Dr. Baade, hat sich hier, ebenso wie bei den Abschreibungen, der Meinung der übrigen vier Mitglieder der Kommission nicht angeschlossen. Das Hinausgehen über den vom Reichswirtschaftsministerium aufgestellten Satz muß der Mehrheit der Kommission

wohl nicht leicht gewesen sein, denn nicht weniger als 23 Schreibmaschinenseiten hat sie verwandt, um ihren Standpunkt zu begründen.

Zu den Abschreibungen wird im Bericht gesagt, daß das Reichswirtschaftsministerium mit einem Satz von 1,25 Pf. je Tonne abhängige Förderung gerechnet hat. Die Kommission hält diesen Satz für zu niedrig und berechnet nach Anhörung der Sachverständigen die Abschreibungen auf 1,74 Mark. Dieses Hinaufschrauben muß den Kommissionsmitgliedern nicht ohne Gewissensbisse vorstehen gegangen sein, da sie für ihre Begründung nicht weniger als 22 Schreibmaschinenseiten geopfert haben. Nach vielen Wenn und Aber stellte die Kommission folgende Kalkulation auf:

Das Schmalenbach-Gutachten



Gewaltig rauscht aus den Schächten der Strom der Profile. Über das Auge der Wissenschaft entdeckt nur einen schmalen Bach!

Gesamtkalkulation.

I. Kosten.

Die Selbstkosten nach Anlage 4 betragen	13,64 Mf.
Dazu kommen für nicht berechnete Vermögenssteuer	0,09 "
Die Kosten für Bergschäden sind auf Grund der früheren diesbezüglichen Darlegung höher anzusehen um	0,15 "
Für Abschreibungen sind in Anzahl zu dringen	1,74 "

Die gesamte Selbstkosten belaufen sich also auf	15,02 Mf.
II. Erlöse.	

Diesen Selbstkosten steht nach Anlage 4 ein Erlös gegenüber von	14,21 Mf.
Dazu kommen an Handelsgewinnen	0,16 "

Der Erlös aus dem Verkauf von Kohle allein beträgt also	14,37 Mf.
---	-----------

Die Gewinne aus der Kolzerzeugung betragen	0,95 "
Die Gewinne aus der Brüteilezeugung betragen	0,03 "

Der Gesamterlös auf die Tonne abhängige Förderung bezogen, beläuft sich demnach auf	15,35 Mf.
---	-----------

Mithin entsteht auf die Tonne abhängige Förderung ein Verlust von	0,27
---	------

Bei der Berechnung der Rentabilität hat die Kommission an die Syndikatshandelsgesellschaften einen neuen Fragebogen versicht,	
---	--

um einen Überblick über die tatsächlichen Geschäftsgewinne der Handelsgesellschaften einschließlich etwaiger Rücklagen zu gewinnen. Da die Ergebnisse dieser Umfragen bei der Formulierung des Berichts noch nicht vorlagen, muß ihre Auswertung einem Nachtragsbericht vorbehalten bleiben, falls sich ein für die Endrechnung wesentlicher Beitrag ergeben sollte. Um sich wenigstens von den Geschäftsergebnissen der Handelsgesellschaften ein Bild zu machen, wurde das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat um eine Schätzungsweise Uebersicht gebeten.

Das Rheinisch-Westfälische Syndikat hat zwar den Schätzungsbericht geliefert, aber der ist auch danach. Ihrem Aerger haben die Herren vom Kohlensyndikat in folgenden Zeilen Luft gemacht:

"Wir verschließen nicht, ausdrücklich zu erwähnen, daß nach unserer Ansicht die Einkünfte der Zechen aus Beteiligungen an Kohlenhandelsgesellschaften nicht in die Rentabilitätsberechnung des Kohlenbergbaubetriebes hineingehören, ebenso wenig wie etwaige Dividenden aus irgendeinem anderen Unternehmen, das nicht zum Bergbaubetrieb gehört."

Dass für die Herren Unternehmer diese Frage unangenehm war, kann man ihnen wohl nachfühlen. Die Kohlenhandelsgesellschaften sind heute Unternehmungen des Kohlensyndikats, woran die Zechen alle beteiligt sind. Es ist kein Geheimnis mehr, daß die Kohlenhandelsgesellschaften einen ungeheuren Gewinn abwerfen. Das Kohlensyndikat zahlt den Zechen Rücksicht. Was die Kohlenhandelsgesellschaften für Preise von den Verbrauchern nehmen, das können die Verbraucher selbst beurteilen. Der Erlös für Steinkohle wird im Bericht mit 14,21 Mark eingesetzt. Wieviel die Verbraucher an die Kohlenhandelsgesellschaften für die westfälische Kohle zahlen, wissen sie genau. Ganz gewiß doppelt soviel, als im Bericht der Schmalenbachkommission als Erlös angegeben. Daher ist es begreiflich, daß die Herren im Kohlensyndikat sich über diese Frage aufgereggt haben.

Zum Gesamtergebnis wird im Bericht folgendes gesagt: Diese Zusammenfassung stellt nur das Endurteil der Mehrheit der Kommissionsmitglieder dar. Ein fünftes Mitglied, Dr. Baade, hat in seinem Sondergutachten seiner achtweichen Gefamtauffassung Ausdruck gegeben. Dr. Baade sagt in seinem Bericht: Dem vorliegenden Gutachten der Kommissionsmehrheit kann ich mich in einer Reihe von wesentlichen Punkten nicht anschließen. Mit der Darlegung über die Holzkosten, über die Bergschäden, und über die Abschreibungen, bin ich einer anderen Ansicht. Zu der Frage der Bergschäden kann ich mich dem Gutachten der übrigen Ausschußmitglieder, daß in die Selbstkostenberechnung 30 Pf. pro Tonne, das heißt das Doppelte des in die Selbstkostenprüfung des Reichswirtschaftsministeriums eingelegten Beitrages einzurechnen sind, nicht anschließen. Ich halte vielmehr den Satz von 15 Pf. je Tonne für ausreichend. Dr. Baade kann aus dem in den Kommissionsverhandlungen gewonnenen Rentabilitätsbild nur den Schluss ziehen, daß für eine solche Politik der Selbstkostenentlastung unter dem Zwang des sozialen Fortschritts im Ruhrkohlenbergbau auch ohne Preiserhöhung noch gewisse Möglichkeiten vorhanden sind.

Alles in allem ist der Bericht mehr als dürfsig. Er beansprucht entfernt nicht die Beachtung, die ihm in der Presse gegeben wurde. Viel Worte, aber wenig durchdachter Inhalt. Es sei ausgegeben, daß die Schmalenbachkommission einen schweren Stand hatte. Waren es doch zwei Generaldirektoren der Bergwerksindustrie, die in der Kommission saßen. Diese Leute würden sich niemals bereit gefunden haben, ein günstiges Bild über den Ruhrbergbau abzugeben. Sie wußten von vornherein, was sie sagen und worum es sich im Grunde genommen handelte. Natürlich: ein ungünstiges Bild über den Ruhrbergbau der Deffensilität zu unterbreiten, damit die Unternehmer ein Argument bei den Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen in der Hand hätten. Nachdem die Kommission festgestellt hat, daß die Bergwerksbesitzer im Ruhrrevier mit Zubau in Höhe von 0,27 Mark pro Tonne arbeiten, werden die Bergarbeiter wohl Sammelstreiken herausgeben, um für die "armen" Bergwerksbesitzer Almosen zu sammeln. Es wäre ganz gewiß ein gutes Beispiel gewesen, wenn schon die Schmalenbachkommission unter ihren Mitgliedern eine Sammelliste für die "armen" Unternehmer hätte zirkulieren lassen. Ganz gewiß hätten sich darüber Unternehmer gefunden, die ein Scherstein für die Werksbesitzer übrig gehabt hätten. Da wäre besser gewesen, als das von ihr erstotzte Gutachten.

Berksammlungskalender

Montag, 23. April 1928.

Bund soz. Freidenker, Ortsgruppe Alt-Leipzig, Volkshaus, 20 Uhr. Invalidensasse für Buchbinderei, Generalversammlung, Dresdner Torhaus, 19 Uhr.

Stadtsteuere und Buher, Volkshaus, nach Arbeitsschluß.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Interaten erschillich.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Wiener Roulade mit Bayrischen Kraut 0,80. Pökelerinnerbrust mit Meerrettich und Kloben 1,10. Morgen: Schälrippchen mit Sauerkraut und Kartoffeln 1,00. Gefüllte Kalberrolle mit Spinat 1,10.

Die Leipziger Volkszeitung für die Arbeitslosen!

Anmeldung zum Abonnement für Monat Mai: Freitag, den 27., und Sonnabend, den 28. April, 18-20 Uhr in der Anmeldestelle des Wohnbezirks. Bezugsberechtigt sind: Arbeitslose Haushaltungsvorstände sowie Arbeitslose, die einen eigenen Haushalt führen, also auch Untermieter. — **Monatlich 1 Mark** karte. — Die mit * versehenen Anmeldestellen nehmen Abonnements von vorm. 10 bis 18 Uhr entgegen. Als Ausweis dient die Stempel. Nach Ablauf des Anmeldetages können Anmeldungen zum Arbeitslosen-Abonnement für den Monat Mai nicht mehr berücksichtigt werden, damit das Verteilungs- und Kontrollsysten so durchgeführt werden kann, wie es im Interesse unserer Arbeitslosen liegt, denn jeder Arbeitslose hat gewiß den Wunsch, die Leipziger Volkszeitung vor Schaden zu bewahren.

Die Anmeldestellen dürfen in keinem Falle von den angeführten Verfügungen abgehen

Die Anmeldungen müssen jeden Monat erneuert werden

Anmeldestellen in den einzelnen Bezirken:

Alt-Leipzig*: Filiale der Volkszeitung, Zeitzer Str. 32.

Kontor der Leipziger Volkszeitung, Tauchaer Str. 19/21, rechts.

Östbezirk: L.-Ost*, Filiale der Volkszeitung, Elisabethstr. 19, L.

Schönefeld* Filiale der Volkszeitung, Stettiner Str. 64, L.-Süd.

Otto Schmidts, Karl-Härtungsstraße 8, III r. L.-Paunsdorf.

Karl Rothsch., Niesner Str. 53, Engelsdorf, Reinhold Prell, Hauptstraße 8, II. Althen, Gathof.

Neueres Östbezirk: Taucha, Hamann, Lindnerstraße 29, Döbeln.

Gottfried Büttner, Paradies, Richard-Naude-Straße 54, Döbeln.

Südbezirk: L.-Thonberg, Bibliothek, Södertorstr. 17, L.

St. Petri*: Filiale der Volkszeitung Ferdinand-Jost-Str. 27, L.

L.-Probstheida, Bibliothek, Außenstraße 14, Großzsas, Willi

Wesner, Hauptstr. 24, Holzhausen, Heinrich Rohnke, Bahnhofstraße 30, Liebertwolfsgrün, Paul Gebhardt, Markt 1, Mödlau, Wilhelm Kuttig, Hauptstr. 17, Zwickau, Otto Ling, Hauptstraße 26, Schleißheim, Albin Sommer, Döbeln Nr. 9, Südmühlthal, Otto Krause, Nr. 42, Wachau, Joh. Germann, Am Bach 27 c.

Südbezirk: Leipzig-Connewitz, Bibliothek, Döbelner Straße 18 (Hof), Leipzig-Lößnig, Friedrich Mohr, Collredostraße 10 part. rechts

(Meldezeit von 17 Uhr bis 19 Uhr). Döbeln, Ernst Hofmann, Friederikenstraße 9, H. Cröbern, Karl Bahr, Kirchstraße 11

Märkleeberg, Walter Grante, Bergstr. 14, Döbeln, Julius Schmidt

Gaußsch., Albin Weidner, Lehmen, Adolf König, Jößig, Alfred

Albrecht, Koburg, Str. 9, Jüntau, Arthur Wolf, Bahnhofstr. 6

Großdöbendorf, Otto Wöhrl, Turnerstr. 6, I. Gohlisch, Hermann

Dettel, Hauptstraße 58.

Westbezirk: L.-Lindenau*, Filiale der Volkszeitung, Odermann-

straße, L.-Plagwitz-Schleußig*, Filiale der Volkszeitung, Weissen-

seller Straße, L.-Kleinzschocher*, Filiale d. Volkszeitung, Dieskaustraße 5, L.-Großzschocher, Filiale der Volkszeitung, Hauptstraße 38, L.-Leutzsch, W. Klein, Lindenauer Straße 9, I. Böhlitz-Ehrenberg, W. Maduschke, Bielastr. 21, II. Bösdorf, Arno Keller, Lindenauer Str. 27 f. Knautkleeberg, Otto Zornak, Leipzig, L.-Str. 32, Rückmarsdorf, Albin Langrod, Frankenheim, Schönau, Paul Wiedemann, Lützner Str. 31.

Neuerer Westbezirk: Markranstädt*, Filiale der Volkszeitung, Schleußiger Str. 15, Döbeln, Reinhold Georai

Nordbezirk: L.-Eutritzsch, Bibliothek, Wilhelmstraße 23, L.-Gohlis

Filiale der Volkszeitung, Lindenholzer Str. 22, L.-Mödlau

im Heim, Wolfsstraße, Leipzig-Wahren, Albert Fuchs, Max

Bauer, Heerstr. 8, Wedelwitz, Franz Seltmann Nr. 20, Wiede-

richs*, Konsumverein, Modau, Richard Hesse, Gontardweg 108